



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1906**

552 (27.11.1906) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-424432](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-424432)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Gesehenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Eigene Redaktions-Bureaus in Berlin und Karlsruhe.

Telegraphen-Adresse: „Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1448
Druckerei-Bureau (Annahme v. Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlagsbuchhandlung 218

Abonnement:
10 Pfennig monatlich.
Einzelnummern 2 Pf.
Inserate:
Die Colonne-Zeile . . . 20 Pf.
Kundenschriften . . . 25
Die Reklame-Zeile . . . 60

Nr. 552.

Dienstag, 27. November 1905.

(1. Mittagsblatt.)

Die heutige Mittagsausgabe umfaßt 16 Seiten.

Französische „Sparpolitik“.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

F. Paris, 24. November.

Seit der frühere Finanzminister Poincaré mit einer Ehrlichkeit, die ihm vielfach im Lager des „Voc“ verdacht worden ist, den wahren Stand der französischen Finanzen enthüllt und gestanden hat, daß bei völliger Aufrichtigkeit das französische Budget die Summe von 4 Milliarden übersteigt und ein erhebliches Defizit zu bedeuten bleibt, huldigt man mit beinahe willkürlichem Eifer in allen Teilen des französischen Beamtenstaates der Sparpolitik. Wo eine kleine Ausgabe zu vermeiden ist, wird sie vermieden. So hat, um nur ein Beispiel von vielen zu erwähnen, der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium jenseit verfügt, daß künftig zum „Unreinen“ amtlicher Schriftstücke möglichst billiges Papier zu benutzen ist. Briefe Berichte u. s. w. sollen nicht mehr, wie bisher, auf doppelt Bogen geschrieben werden. Gebrauchte Briefumschläge und Streifenblätter sind in Zukunft zu „wenden“ und — wie in Preußen! — ein zweites Mal zu benutzen. Es ist ferner in Zukunft verboten, gebrauchte Bindfäden in den Papierkorb zu werfen. Die Beamten des Ministeriums haben die Veranschlagung der Batele, die bisher in leidenschaftlicher Verschwendung einfach zerhackt worden ist, künftig nach Art parlamentarischer Haushalten sorgsam zu entwerten und beiseite zu legen.

Wie im kleinen, so im großen! Allen Direktionen ist äußerste Sparpolitik so nachdrücklich empfohlen worden, daß eine bedenklliche Beeinflussung der Leistungen unvermeidlich oder jedenfalls nicht überaus fern ist. So wurde kürzlich bekannt, daß die erste Prüfung der neuen Kavalleriegeschäfte, Modell 1896, die in der staatlichen Waffenfabrik in Châtelleraul hergestellt worden sind, ein geradezu tragisches Resultat ergeben hat. Von 607 Probefabriken konnten nur 11 als brauchbar bezeichnet werden. 9 Mängel zerbrachen auf Anhieb, 547 zerbrachen sich und die übrigen wiesen die verschiedensten Konstruktionsfehler auf. Der genannten Waffenfabrik ist eine derartige Sparpolitik aufgezwungen worden, daß sie zu guten Lieferungen außerstande ist. Sehr bezeichnend für die Finanzlage Frankreichs ist die Tatsache, daß die Beschaffung der Bespannung für die Geschütze Armatillo außerster Schwere fast unmöglich ist. Der Kriegsminister darf nicht wagen, die verhältnismäßig geringe Mehrausgabe für die erforderlichen Pferde zu beantragen, und denkt deshalb, wie gemeinlich, in allem Ernst an eine Verminderung des Effektivebestandes der Kavallerie, um auf diese Weise das nötige Geld herauszusparen.

Dieselbe Erscheinung finden wir im Bezirk des Marineministeriums. Jwar hat Thomson den Bau der 6 im Finanzgesetz für 1906 bewilligten großen Schlachtschiffe vor 18 000 Tonnen glänzend gegen die Sozialisten und „Belletanisten“ durchgesetzt, aber die Kammer hat ihm ihr Vertrauen mit 393

gegen 112 Stimmen ausgesprochen unter der Bedingung, daß er die angekündigten Ausgaben für die nächsten Jahre einschränkt. Wohin übertriebene Sparpolitik auf dem wichtigen Gebiet des Marineministeriums führt, beweisen die sensationellen Enthüllungen des „Echo de Paris“ über die Seemachtlosigkeit einiger Schiffe des französischen Mittelmeergeschwaders, deren rechtzeitige Ausbesserung aus Scheu vor den Kosten versäumt worden ist. An die dringend erforderliche Modernisierung der Werften und Kriegshäfen darf der Marineminister einstweilen gar nicht denken.

Nicht nur die nationale Verteidigung zu Lande und Wasser sondern alle Bezirke des öffentlichen Lebens leiden unter diesem Zustand, dessen Ende einstweilen nicht abzusehen ist. An allen Ecken und Enden sind die Budgetvorschläge beschnitten worden. Was die „großen Reformen“ betrifft, so ist zwar die Bewirkung der sozialen Neuerungen, die den Wählern vor den letzten Wahlen von den Radikalen versprochen worden sind, als gesichert zu betrachten, aber andere dringend nötige Reformen, z. B. die Modernisierung der Postämter und die Verankerung der Polizei, werden auf die lange Bank geschoben.

Trotzdem kann Frankreich doch wohl nicht ganz so arm sein! Seine gewissenhaften Volkvertreter haben jedenfalls noch überflüssige 5½ Millionen Francs gefunden, um ihre bisherige „Entschädigung“ von 9000 Francs beträchtlich zu erhöhen. Bereits mit ihren 25 Francs täglich waren die französischen Deputierten und Senatoren die beneidenswertesten der europäischen Parlamentarier. Wie ärmtlich nahmen sich die 3000 Mark der deutschen Reichstagsabgeordneten mit ihren 20 Mark Verdienst „unzweifelhaft“ neben den 9000 Francs für Paule und Fleck in Frankreich aus! Mit dem fälligen Gehalt von 15 000 Francs leben diese unerreichten hoch über ihren sämtlichen Kollegen. Nur die amerikanischen Parlamentarier sind ihnen überlegen mit 25 000 Francs Jahreslohn, aber New York ist bekanntlich noch teurer als Paris, wo man mit 100 Sous weiter kommt als mit 2 Dollars in Washington.

In aller Stille haben sich Kammer und Senat, oder vielmehr die beteiligten Bureaus, über diesen kleinen Staatsreich vermündigt. Die Vertreter des Senats hielten die Erhöhung des Parlamentariergelbes auf 16 000 Francs für angemessen, den Deputierten wollte es scheinen, als ob 12 000 Francs bereits nicht zu verachten seien. Schließlich einigte man sich auf 15 000 Francs = 41 Francs 9 Centimes für den Tag. Ohne Widerspruch genehmigte die Kammer Donnerstag eine entsprechende Abänderung des 2. Paragraphen vom 17. April des Verfassungsgesetzes vom 30. November 1875. Im Senat, der das Gesetz am gleichen Nachmittag verriet, erhoben sich einige Stimmen gegen dieses Verbrechen des Parlamentarismus an seinen eigenen Grundgesetzen. Mehrere Redner erklärten, Frankreich habe nicht die Mittel, seine Volkvertreter so reich zu entschädigen. Der Senator Gauthier z. B. erklärte: „Wenn man Geld aufnehmen muß, um zu existieren, finde ich es einigermassen kühn, zu behaupten, daß wir nicht genügend bezahlt sind: Ich liebe von meiner Entschädigung, ohne Schulden zu haben, und werde deshalb gegen den Antrag stimmen.“ Trotzdem nahm die große Mehrheit der Senatoren, wie die

Kammer, den Vorschlag an, nicht etwa durch namentliche Abstimmung, sondern durch Handaufheben.

Nachträglich hat einigen Deputierten doch das Gewissen gequälert und sie haben versucht, den verhängnisvollen Eindruck des egoistischen Beschlusses etwas abzumildern. So hat Charles Benoist beantragt die Zahl der Deputierten auf 400 herabzusetzen, um eine Mehrbelastung des Budgets zu vermeiden. Poincaré hält gar 360 Deputierte und 180 Senatoren für ausreichend. Der unabhängige Sozialist Lévois hat beantragt, daß Parlamentarier in Zukunft nicht Mitglieder des Verwaltungsausschusses einer industriellen oder ähnlichen Gesellschaft sein dürfen. Millebois wünscht ihnen auch die Ausübung einer amtlichen Funktion verboten zu sehen. Alle diese Anträge wurden mit Binders Vorschlag, daß in Zukunft eine Modifizierung der Kredite nur mit namentlicher Abstimmung beschlossen werden kann, den betr. Kommissionen überwiesen.

Eine überraschende Folge des Beschlusses vom Donnerstag tag war der Befehl der sozialdemokratischen Deputierten Nordfrankreichs, d. h. Jules Guesdes und seiner Freunde, 200 Francs von den 500 Francs, die sie vom 1. Januar ab monatlich mehr erhalten, dem Propagandafonds der Partei zuzuführen. Ihre Genossen wollten die Selbsterleugnung doch nicht so weit treiben. Die parlamentarische Gruppe der Partei beschloß nach längerer Beratung, den Beitrag der sozialistischen Abgeordneten zur Parteikasse vom 1. Januar ab um 100 Francs monatlich zu erhöhen. Das bedeutet, da die Gruppe 55 Mitglieder hat, eine Mehreinnahme von 5500 Francs im Monat oder 66 000 Francs im Jahr. Ob die anderen Parteien diesem imponierenden Beispiel folgen werden? Bis jetzt verlautet nichts davon!

Politische Uebersicht.

Mannheim, 26. November 1905.

Der neue Buchdrucker-Tarif.

Der Schlußakt der Buchdruckerbewegung fand in zwei Versammlungen statt, die in Berlin gehalten wurden. Der Berliner Gau, der 8000 Gehilfen zählt, hatte bekanntlich den neuen Buchdrucker-Tarif rundweg abgelehnt. Die Berliner Buchdrucker hatten dabei an den Zentralvorstand einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung gestellt, deren Datum die Kollegenchaft dann anerkennen wollte, und dem Antrag Berlin hatte sich einverstanden erklärt. Der Zentralvorstand hat in einem Rundschreiben den 23 Gauvorständen diesen Antrag zur Beschlußfassung unterbreitet, und das Ergebnis dieser Abstimmung, das den gestrigen Versammlungen vorlag, ist das, daß 20 Gause dagegen, 3 dafür sind. Der Antrag auf Einberufung einer Generalversammlung ist also abgelehnt worden. Die Berliner Gehilfen haben darauf jezt die Forderung gezogen und in einer Resolution beschlossen, sich den Vereinbarungen unterzuordnen. Der „Vorwärts“ berichtet unter der Ueberschrift: „Der Schlußakt der Buchdruckerbewegung“ über die Verammlung der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, die in der Nacht zum Freitag stattfand und in der endlich kein Beisgegeben wurde, nachdem alle

„Man sollte, man sollte, man sollte, sonst werd ich Dir noch Mordern beibringen!“ witterte der Schalte hinter ihm her. „Denk aber zög keine Schirmmütze fest über den Kopf und hüte dich vor Regen.“ Der Jörn über die Behandlung, die ihm von den Eltern widerfahren war, brüllte ihm fast die Kehle ab. Gerade als er durch das Pforter schritt, kam ihm Hannes, der Knacht, in die Quere.

„Na, Henrich, wie läßt Du denn at? Scheint ja ordentlich fruchtig zu sein. Wieder mal den Knack mit dem Ellen, he?“ sagte der Buchhe.

„Stummere Dich um Dich!“ herrschte ihn der junge Bauer an. „Aber Hannes lachte: „Lach man geht hin. Junge, um ärgere Di nicht. Gehst ja doch nach auf Brüggemanns Hof und findest da Trost. Da's der Däwel mit diesem Trost, Henrich. Ich halt immer noch ein bißchen was drauf geschultert, daß Du in der Woge wal mit mir zu die Franzosen gingst, aus all diese Vergernisse und aus die Häufte des Vollen heraus, auf 'nen Gaul, heidi, den Sabel in der Faust. Damit is tu wohl für immer vorbei. He?“

„Braucht man denn erst zu den Hengsteln zu laufen, um seinen Jörn an irgend einem Schwanz auszulassen!“ schrie Henrich, dachte seinen ehemaligen Genossen an der Schalter, schüttelte ihn herab und gab ihm einen Stoß, daß er auf den Mist lag. Die Hühner und Gänse dort hockten schreiend auseinander, und wie langen Schritten eilte Henrich von dem Hof und über die Felder weg auf Pöhlgenriedel zu.

„Das war ja 'ne nette Postkarte, die er seiner Braut zum Sonntagnachmittag mit hinausbringen konnte.“

VIII.

Katarina mühte, daß Henrich heute nach dem Mittagessen mit seinen Eltern reden wollte. Er hatte immer noch damit gezögert, den klümmern Knaben voranzuführen. Aber sie trieb ihn selber zu der Aussprache an, denn es lag in ihrem Charakter, in allen Dingen Klarheit zu verlangen, und jeder unangenehme Sachverhalt herrschte ins Gesicht zu schauen. Aber nun war sie doch ungeduldig und spähte am Fenster nach ihrem Bräutigam aus.

Sachsenschädel.

Ein Roman von der roten Erde

von Walter Schulte vom Brühl

(Klagend verboten.)

(Fortsetzung.)

„Ich weiß ja, Vatter, daß Er dran gedacht hat, daß ich dem Schulten im Welt seine Jüngste, was jetzt noch 'ne ganz süßes Jöhr is, mal haben soll. Ich kann mir's denken, daß Er so was mit dem Schulten besprochen hat, und ich darf Ihn für die gute und kluge Absicht, Vatter. Aber da müßt ich denn doch noch ein bißchen was lange warten, und nochher gefiel mir die Deern am Ende nich, und ich ihr auch nicht. Brüggemanns Welfaria und ich, wir passen aber doch sehr gut zusammen, und dann haben wir uns gern, tadlern, und das ist denn doch immer besser, als wenn man so versprochen wird, ohne daß man gefragt worden wär,“ sagte Henrich eindringlich.

„Wird ja immer besser!“ schrie der Bauer. „Als ob man mich viel gefragt hätt, als ich meine erste Frau, Deine Mutter selig, freite. Das's 'ne gute und allerbährdige Einrichtung, wenn die Alten von langer Hand her beraten und beschließen, daß bei den Kindern die guten Familien und das gute Geld immer hübsch beisammenkommen. Das wären schöne Jünglinge, wenn immer nur das zukommenhauen wollt, was sich grad ineinander verpaßt.“

„Da müssen wir gar wohl noch Gott danken, daß unser Herr Sohn uns nich gar irgend 'ne Raubmagd oder 'ne Sipeunerin auf den Hof bringt, damit wir sie als Schwiegerkinder anerkennen sollen. Immer besser, immer besser!“ höhnte die Bäuerin.

„Ich bin siebenundzwanzig alt und weiß genau, was ich mir wähle, was ich such und was ich meinem Herkommen schuldig bin,“ entgegnete Henrich. „Ihr wärdet doch eine Schwiegermutter freizeugen, die sich in jeder Hinsicht leben lassen kann. Und wenn's bei

der Freite nich ganz so den Hergang geholt hat wie sonst wohl, wenn ich mir die Knackerei gepart hab und den Herrn Vatter nich erst vorangeschickt hab, damit er anfragen tät, nun, so mag's auch darin keinen Grund haben, daß wir doch nun mal in einer neuen Zeit leben, die andere Manieren mit sich bringt. Das is deshalb so lange auf einer gelehrten Schul gelassen und ist deshalb meine Braut von Hause fort gewesen und ein besser gebildetes Mädchen geworden, damit wir uns ängstlich an alle überhaubte Formen halten? Der Vatter müßt doch eigentlich stolz darauf sein, daß sein Weibster bei seiner Freite andere Wege einschlägt, als es jeder andere tut.“

Zusammengelassen seit Ihr wie Knacht und Moos, oben Sinn und Verstand, und darauf müßt Du noch stolz sein! Das Dich!“ schrie der Schulte. „Ja, ja, neumodisch mag das schon sein, wie Du denn überhaupt neumodisch bist, ganz neumodisch. Ich will noch, daß Du in Stulbenstiefeln und im Jack und wir ein gekrautes Heud hier auf dem Hof zwischen Knack und Gerns herumholstierst, wie die feinen Herrchens. Ja, neumodisch, von die Neumodigkeit, die die Vorleumd mitgebracht haben. Das sie der Däwel diese Neumodigkeit, und alle miteinander, die mittun, und Dich dazu mit Deiner ganzen Freierei! Kein Wort mehr davon! Ich geb meine Einwilligung nich zu diese Herrat! Ich geb sie nich!“

„Und ich geb sie auch nich!“ höhnte die Bäuerin. „Der Vatter ist ausgerotet. Er wird sich das noch mal überlegen,“ sagte Henrich, sich gewaltig zur Seite zwingend. „Oegen das Mädchen is nicht das Geringste einzunehmen. Ich hab mich ihr versprochen, und dabei muß es bleiben. Ihr werdet mich aber noch mal recht geben, und das letzte Wort is in dieser Sache noch nicht zwischen uns gesprochen.“

Er verließ die Stube mit so kräftigen Schritten, daß das Porzellangeschloß und die gläsernen Gläser mit den bunten, künstlichen Blumen im Glasdrank modelten und der ausgetropfte Eiseibüher in seinem Rahmen über dem Türschloß herabzuhängen droht.

Niederlich umsonst war, die „Probins“ gegen den Tarif und den Organisationsvertrag scharf zu machen. Der Berliner Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung wurde nur von zwei weiteren Säulen unterstützt, von den übrigen zwanzig aber abgelehnt. „Was tun?“ hieß nach dem Bericht des „Vorwärts“ die Frage, mit der sich die Versammlung zu beschäftigen hatte. „Soll Berlin, nun vollständig isoliert, von der übrigen Kolonialgesellschaft Deutschlands im Stich gelassen, auf seinem erponierten Stand beharren? Oder soll es dem demokratischen Prinzip folgend, sich der Majorität unterordnen?“ In der stelltenweise sehr hitzigen Verlaufsversammlung verblieben auf dem Standpunkt der glatten Ablehnung nur noch wenige. In einer zweiten Resolution wurde die Vornahme einer Urabstimmung verlangt. Von zwei weiteren Resolutionen wurde folgende angenommen:

„Nachdem die Mehrzahl der deutschen Verbandmitglieder ihr Votum für den Tarifvertrag abgegeben hat, fühlt sich die Berliner Kolonialgesellschaft leider gezwungen, sich diesen Vereinbarungen unterzuwerfen. Andererseits erklärt die Berliner Mitgliedschaft jedoch, für die Folgen des Organisationsvertrags keine Verantwortung tragen zu können, da dieselbe diejenige ist, die zuerst mit diesem Vertrag auf Grund der großstädtischen Verhältnisse in Kollision geraten wird. Auch erklären die Berliner Mitglieder, daß sie der Leitung des Verbandes den Vorwurf nicht erheben können, ihnen das Mitbestimmungsrecht in geradezu unverantwortlicher Weise genommen zu haben.“

Damit ist die Niederlage der soz.-demokr. Parteileitung vollständig.

„Zur Kritik der kolonialen Deutschheit.“

In einem längeren Artikel, betitelt: „Zur Kritik der kolonialen Deutschheit“ schreibt die Nordb. Allg. Ztg.: In verschiedenen Blättern ist bei der Kritik der kolonialen Deutschheit beanstandet worden, daß in derselben der Mangel des Fehlers der Verwaltung angesehen werde. Die Kritik vergißt hierbei, daß es sich um eine sachliche Arbeit handelt, welche sich ausschließlich mit dem Stande der administrativen Verwaltung in den Schutzgebieten befaßt, soweit dieser in den finanziellen Ergebnissen ausgedrückt werden kann. Niemand wird der gegenwärtigen Leitung der Kolonialverwaltung zutrauen, daß sie glaubt, damit alle diejenigen Anstände erschöpft zu haben, die sich — zum großen Teile mit Recht — gegenüber der bisherigen Verwaltung ergeben haben. Aber alle diese Anstände sind — sonst müßte man ja an der Möglichkeit einer einwandfreien Kolonialverwaltung überhaupt zweifeln — reparabel. Der Mangel einer rechtzeitigen Erschließung der Schutzgebiete durch Verkehrswege aber und die daraus entstehenden großen Ausgaben für die deutsche Nation sind nicht reparabel. Das ist der Sinn der betreffenden Ausführungen. Der Artikel erörtert dann eingehend die Kritiken, die die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Frankfurter Zeitung“ über die Deutschheit gebracht haben. Schließlich lautet der Artikel gegenüber den Ausführungen der „Augsburger Abendzeitung“: Die Kolonialverwaltung strebt dahin, den Kolonien möglichst bald eine gewisse Selbstverwaltung zu geben. Im Hinblick darauf stehen zur Zeit Beratungen in der Kolonialverwaltung an, welche eine Abänderung des Beamtengehaltes für die Kolonien vorbereiten und die Möglichkeit schaffen sollen, auch andere Personen als juristisch oder verwaltungstechnisch vorgebildete in größerem Umfange als Kolonialbeamte einzuführen. Es ist befähigt weder die Qualität als Kaufmann noch die als Beamter zur Übernahme einer verantwortlichen Stellung in den Kolonien hinreichend. Dazu gehört vielmehr eine gesund ausgebildete Verwaltungsperson, eine sachliche Vorbildung, die lediglich mit Rücksicht auf die kolonialen Bedürfnisse zu erwerben ist, eine einfache, klare, unseren Beamten verständliche Verwaltungspolitik und vor allem eine gute Dosis gesunden Menschenverstandes und nationaler Gesinnung.

Deutsches Reich.

Wannheim, 26. Nov. (Die Dirsch-Dunderischen Gewerksvereine) hielten gestern eine Versammlung des Ortsverbandes ab, um zu dem Gesetzentwurf betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Stellung zu nehmen. Zum Schluss gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der es heißt: „Die Versammlung erklärt dem Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form nicht zustimmen zu können, sie betrachtet die in dem Gesetzentwurf enthaltenen Bestimmungen als eine Anhebelung der Arbeiterberufsorganisationen. Die Gewerksvereine erwarten vom Reichstage, daß dem Gesetzentwurf eine Fassung gegeben wird, durch welche die Aktionsfähigkeit der Arbeiterorganisationen nicht lahmgelegt wird. Die Versammlung protestiert besonders gegen die Bestimmungen des Entwurfs, die den Arbeitern im Verkehrswesen und in der Landwirtschaft das Koalitionsrecht vorenthält.“

Berlin, 26. Nov. (Rehrurke für Offiziere des Heeres) In ähnlicher Weise, wie seit dreieinhalb Jahren die Ausbildung der Reserveoffizierskandidaten (während der ersten Übung (A) nach Ableistung der einjährigen freiwilligen aktiven Dienstzeit) gehandhabt wird, will, so erfahren

Endlich kam er. An seinem Grabe merkte sie sogleich, wie die Dinge standen.

„Der beständige Durst will also nicht?“ fragte sie scharf.

„Ich hab mein mögliches getan. Weiß Gott, das hab ich. Teufel, das kannst du mir glauben. Himmel! Aus der Haut hat ich Nerven mögen. Aber ich hab meine Ruhe bewahrt, wahrhaftig, das hab ich, um die Sache nicht für alle Zeiten zu verderben. Na! So oder so, was man sich geworden, verdammt lauter. Nerven! Das man sich, mein Deern.“

Sie schätzte hochmütig die Lippen. „Du laßt mir ja nie Ruhe, Heinrich. Wir wählen doch, daß es so kommen wird, und waren uns einig, daß uns das „Nein“ nicht weiter kümmern sollt in unserer Sache.“ entgegnete sie. „Aber der Bruder, na, der wird 'nen schönen Ten reden, dem war ja die Freiheit gleich nicht recht wegen dieser Sachen. Brüggemanns Hof hat gewiß noch niemals 'nen Nord gekriegt und nur meist selber Arbeit ausgeleitet. Na, komm nur man mit, wir müssen dem Bruder doch folgen.“

Brüggemann suchte sich zu befehlen. Er mochte nicht folgen, wie viel sein Stolz gekränkt war. Die Hände auf dem Hüften, ging er mit langen Schritten ein paarmal in der Stube auf und nieder. Dann oder konnte er sich nicht mehr halten. Er stieß einen furchtbaren Schrei aus, schlenkerte mit einem Fußtritt einen Stuhl, der ihm gerade im Weg stand, krachend gegen die Wand und stellte sich funkelnahen Blick vor den Bräutigam seiner Schwester. „Das hat man nun davon, daß ich nicht gleich gelobt hab, was mir nah genug war, so, daß ich nicht gleich gelobt hab: 'an Brüggemanns Tochter steht zu hoch für einen vom Halbblut, für einen, der einem andern Gefälle feuern muß und sich fest halten und wahren kann.“

(Fortsetzung folgt.)

wir, die Heeresverwaltung jetzt für die bessere Dienstleistung der jüngeren Offiziere des Heeresurlaubes sorgen. Nach dem 1. April 1907 dürften mit Landwehr- und Reserveoffizieren der Infanterie auf den Truppenübungsplätzen alljährlich besondere Übungen abgehalten werden, die der Leitung eines Stabsoffiziers unterliegen sollen. Für diese Verbände soll je eine Kompanie zur Verfügung gestellt werden, die eine Art von Versuch- und Demonstrationstruppe darstellt. Mehrere Hauptleute übernehmen den theoretischen Unterricht. Für die Reserveoffiziere der Feldartillerie sind ähnliche Einrichtungen (Winterkurie bei der Feldartillerieschule) von den besten Ergebnissen begleitet gewesen. Man will daher anscheinend auch die ziemlich beträchtlichen Mehrkosten nicht scheuen, die namentlich probeweise in den diesjährigen Militäretat eingestellt sind.

In der heutigen Sitzung des Senatskonvents des Reichstags kam man überein, die Kolonialdebatte am 28. Nov. beginnen zu lassen. Die Frage der Immunität der Abgeordneten soll später besonders auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Interpellation Sped betreffend die Verwendung von Futtergerste als Wäckergerste soll vorläufig nicht zur Beratung kommen. Der Präsident teilte mit, daß vom kaiserlichen Hof eine Vorlage betreffend die Generalakte von Algieras eingelegt werde. Einige Bestimmungen dieser Akte befinden sich nicht in Übereinstimmung mit der deutschen Reichsgesetzgebung. Es wird deshalb dem Reichstage eine besondere Vorlage gemacht werden. Die Akte selbst soll diesem Gesetzentwurf beigegeben sein. Die Erledigung, die in drei Sitzungen erfolgen muß, soll nach den Weihnachtsferien. Die von mehreren Abgeordneten gewünschte Änderung, alle 14 Tage Samstag und Montag freizugeben, wird erst im neuen Jahre in Frage treten. Die verkürzten Sitzungen sollen dafür in Wegfall kommen. Die Sitzungen sollen am 14. Dezember geschlossen und am 10. Januar wieder aufgenommen werden. Der 10. Januar ist deshalb in Aussicht genommen, weil am 8. Januar das 25. Jahre Wilhelms III. als des päpstlichen Kardinal Rupp stattfindet, an dem der Präsident teilzunehmen will.

Posen, 26. Nov. (Die Domkapitel von Posen und Bresen) haben den bestehenden Bestimmungen gemäß zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um die provisorischen Wähler zu wählen. Aller Voraussicht nach werden zu diesem Zwecke die Wahlkreise Dr. Ulfowski-Polen und Andrejewicz-Sinesen herangezogen werden.

Posen, 26. Nov. (Der Wortlaut des dem Erzbischof v. Stabilewski in Sachen des Schulstreiks zugegangenen Antwortschreibens) auf die an den Kaiser gerichtete Immunitätsvorstellung ist folgender: „Nach Anhörung des Reichsanwalters und des Staatsministeriums teile ich Euer Erzbischöfliche Gnaden hierdurch im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät ergebenst mit, daß eine Änderung der bestehenden Vorschriften in Betreff der Erteilung des Religionsunterrichts nicht erfolgen kann. Stadt.“

Halle (Saale), 26. Nov. (Der frühere Abgeordnete v. Hoff) feiert heute seinen 90. Geburtstag. Die Stadt benannte die Straße am Waisenhaus „Hoffstraße“.

Ausland.

Frankreich. (Die Panzerschiffe „Suffren“, „St. Louis“ und „Charlemagne“) halten sich in Toulon unangesehrt zur Abfahrt bereit. In den ersten Morgenstunden haben gestern auch aus dem Transportsschiff „Nive“ die Arbeiten wieder begonnen, wodurch die Ausrüstung des Schiffes vervollständigt und es in Stand gesetzt worden soll, bei Eintreffen des ministeriellen Befehls in See zu gehen.

Türkei. (Der französische Konsul in Mosul, Degrand,) ist am 20. November auf einer Bootsreise von Diarbekr nach Mosul von Hamidies angegriffen worden. Ungefähr einhundert Schiffe wurden gewechselt, doch hat die Begleitmannschaft des Konsuls keine Verluste erlitten.

Katholische Politik.

Minister Dr. Schenk.

Karlsruhe, 26. Nov. Der Minister des Innern, Dr. Schenk, ist am 24. November, abends, aus dem Urlaub zurückgekehrt und hat den Dienst wieder übernommen.

Das badische Wälderwagnis.

Karlsruhe, 26. Nov. Die „Karlsruher Ztg.“ schreibt: In dem Eisenbahnbudget für 1908/07 und in dem Nachtrag hierzu sind die Mittel für die Neubehaffung von 900 dem allgemeinen Verkehr dienenden Wäldern vorgesehen. Im Hinblick auf den außerordentlichen großen Wagenmangel der letzten Monate, der seine Ursache hauptsächlich in dem verminderten raschen Anwachsen des Wälderverkehrs hatte, hat die Staatsbahnenverwaltung zur Deckung von weiteren 300 gebrauchten und 400 offenen Wäldern einen Abnahmevertrag mit dem Reich abgeschlossen. Die Lieferung dieser Wälder ist vorgeschrieben, wird der badische Wälderverkehr bereits im Laufe des nächsten Jahres im ganzen um 1450 Wagen mit einem voranschlagemäßigen Gesamtanfang von über 6 Millionen Mark vermehrt werden. Auf Ende 1905 betrug der Bestand jener Wälder (ausschließlich Bahndienstwagen) 12 000 Stück, die im Jahre 1907 eintretende Vermehrung wird kaum nahezu 13 Prozent betragen.

Disziplinäruntersuchung eines Landgerichtsrats Gut.

Karlsruhe, 26. Nov. Es scheint sich dem „Schmidt. West.“ zufolge zu bestätigen, daß auch gegen den Landgerichtsrat Gut in Waldau eine Disziplinäruntersuchung eingeleitet ist. Gut war einer der Richter im ersten Prozeß Kaiser und wurde durch Angriffe in der Presse zu einer Zurückweisung verurteilt, in der er seinerseits den damaligen Staatsanwalt Quenzer durch verschiedene Behauptungen angriff, deren Unterlagen er nur aus dem Akten geschöpft haben konnte.

Mergel-Kammer.

Karlsruhe, 26. Nov. Eine landesrechtliche Verordnung legt die Wahl der Mitglieder und deren Ergänzung bei der Mergelkammer auf je 11, bei der Tierärztekammer auf je 10 und bei der Apothekerkammer auf je 12 fest. Für die Wahlbestimmungen der Kreiswahlversammlung des Landes maßgebend.

Contra Wader.

Karlsruhe, 26. Nov. (Von unserem Karlsruhe Bureau.) Im „Bad. Beob.“ erklärt heute Gehl. Rat Wader eine Erklärung, derzufolge er weder wegen Verleumdung des Oberlandesdirektors Dr. Krennberger angeklagt sei noch von einer Verleumdungsklage Krennbergers etwas wisse. — Als „voreilige Freude“ der nationalliberalen Blätter bezeichnet das Wader-Organ die Nachricht, daß der Untersuchungsrichter von Freiburg, Landgerichtsrat Fischer, bei Wader in Jährigen gewesen sei, um ihn wegen beleidigender

Verurteilungen gegen den Vorsitzenden der Freiburger Strafkammer im Fall Kaiser und gegen den Direktor der Oberlandesbehörde einzuberufen. Es will uns auch scheinen, als ob verschiedene Zeitungen nicht immer mit der erforderlichen Vorsicht bei Aufnahme von Korrespondenzen zu Werke gingen.

Verurteilung von Zeitschriftredakteuren.

Karlsruhe, 26. Nov. (Von unserem Karlsruhe Bureau.) Die „Bad. Post“ redet heute den ultrakonservativen Zeitschriftredakteuren scharf ins Gewissen; den konservativen mißfällt es, daß Zeitschriftredakteure so häufig bestraft werden. „Ich meine, so heißt es da, es sollte doch jedem, der als Christ schreibt, ein heiliges Anliegen sein, nicht nur wie die liberale Presse so zu schreiben, daß man dem Richter gerade noch entkriecht (?), sondern so zu schreiben, daß man auch vor dem christlichen Gewissen bestehen kann, und das ist doch wohl ein noch viel härterer Richter als es unsere Richter nach den bestehenden Gesetzen sein dürfen. Wer an der öffentlichen Tagespresse arbeitet, weiß es aus eigener Erfahrung, wie oft man die Grenzen zu überschreiten in Gefahr ist. Um so mehr muß ein Christ Sucht an sich haben. Ganz abgesehen von dem eigenen Charakter, der nicht ungeschädigt bleibt, wenn man der ersten Aufwallung nachzugeben gewöhnt ist — ein Christ hat auch Pflichten gegen das Christentum. Das Christentum kommt durch nichts mehr in Mißkredit als durch die Fehler seiner Vertreter. Die das Christentum nicht auf ihrer Fahne tragen, sind darin viel freier. Ein Christ denkt aber auch noch an sein Volk. Kein kein empfindender Mensch, der die Tagespresse kennt, wird sich dem Eindruck entziehen können, daß vielfach in einer Weise geschrieben wird, die ihn entsetzt. Da darf aber die christliche Presse nicht mitmachen. Sie will das Volk doch heben, zum Guten und Reinen erziehen. Da darf sie aber nicht selber der Art verfallen, die am „Dressener Jungbrunnen“ ihre Weihe erhalten hat. Heute bildet sich Art und Sprache des Volkes vielfach an seiner Zeitung. Es ist drum eine nicht geringe Verantwortung, die heute ein Zeitungsredakteur hat. Dem dürfen sich aber gerade christliche Zeitungen nicht entziehen. Ich bin keineswegs dafür, daß man nun ins Gegenteil verfällt und dem Volk nur falsche Wasserluppen facht. Ich brauche selber gern Pfeffer und Salz. Aber Gift darf keines drin sein. Gerade und deutsch und ehrlich, das muß nicht zugleich auch niedrig sein. Ehrlichkeit ist nicht gleich groß. Nicht die Gasse darf unser Lehrmeister sein. Sorgen wir dafür, auch da dem Christentum Ehre zu machen.“ Die liberale Presse nicht christlich! Ja wir Heiden sind doch bessere Menschen!

Der badische Oberlandrat und die Konservativen.

Karlsruhe, 26. Nov. (Von unserem Karlsruhe Bureau.) Die liberale — Verzeihung konservativ — „Bad. Post“ weiß heute auch einiges über den bekannten Erfolg des badischen Oberlandrats und die Mannheimer Reallehrer zu sagen. Sie ist sehr diplomatisch; denn sie gibt dem Erfolg weder Recht noch unrecht. Dagegen gefällt ihr die scharfe Betonung des Grundgesetzes: „Die Schule dem Staat“ nicht, wozu freilich im Erlaß des Oberlandrats nichts steht, und meint, ohne die Schulen hätten wir unser hochentwickeltes Schulwesen garnicht. Und weiter in demselben Atemzug behauptet die „Bad. Post“, die heutige Entwicklung des Schulwesens mit der vorbildlichen Fürsorge der Städte habe auf die kleine Ebene gedrängt, der Ruder Staat sei im Begriff, sein Erbherrrecht an die Schule“ Hände zu verlieren. Alles das aber, weil die Städte ihre Lehrer besser bezahlen. Es ist zum Entsetzen schreiben meint die „Bad. Post“; sie muß es wohl wissen!

Vom katholischen Lehrerverband.

Karlsruhe, 26. Nov. Der badische Zweigverein des „Kath. Lehrerverbandes des Deutschen Reiches“ zählt laut Kath. Lehrerverband 55 ordentliche Mitglieder. Als 55 Mitglieder, ganze 55 badische aktive und zurückgesetzte Lehrer, bemerkt hierzu die „Bad. Schulzeitung“, sind zu den Statistikern abgeschwemmt. Es ist das ein noch drastischerer numerischer Bombenerfolg, als ihn die Verbände-Gesellen in Wonneth erzielt haben, wo im katholischen Lehrerverband 316 Lehrermittgliedern 4100 „Euchemittglieder“, d. h. Weibliche gegenüberstehen.

Demokratischer Verein.

Baden-Baden, 26. Nov. Die Gründung eines demokratischen Vereins, die wir bereits ankündigten, ist jetzt hier endgültig erfolgt.

Heilige Politik.

Darmstadt, 26. Nov. Die Taufe des Erbprinzen von Hessen findet laut „Darmst. Zeitung“ am 4. Dezember im Neuen Palais statt.

Aus Stadt und Land.

Wannheim, 27. November.

Die Nachrichten über das Befinden des Prinzen Karl sind nicht durchweg günstig.

Wegen der herrschenden Fieberhaftigkeit hat der Verein Badischer Eisenbahnbeamten, Bezirk Wannheim beschlossen, die übliche Weihnachtsfeier und sonstige Veranstaltungen bis auf weiteres ausfallen zu lassen.

Die Verurteilung des Reichsanwaltsbevollmächtigten August Bredt hat findet kommenden Freitag um 1/2 Uhr statt.

Verein Frauenbildung-Frauenklub. Abteilung Wannheim. Die morgigen Mittwoch stattfindende Mitglieder-Versammlung beginnt, der Kassenberichts wegen, erst um 6 Uhr. In dieser Versammlung wird u. a. die Stellungnahme der hiesigen Abteilung des Vereins Frauenbildung-Frauenklub zu der Frauenstimmrechtsfrage vorgelegt werden. Alle diejenigen, welche sich für diese Frage interessieren, sind willkommen.

Resident Fritz Stamm, der unter der Jugend wohlbeliebte Vortragende, ist nach längerer Abwesenheit in Wannheim wieder angekommen, um im Friedrichsdorf einige Vorträge zu geben. Das reichhaltige Programm ist um einige schöne Nummern erweitert worden, u. a. „Eine Reise um die Erde“. Leben und Treiben der Herrin in Deutsch-Südwest Afrika. Die naturwissenschaftlichen Vorträge mit Lichtbildern sind sehr interessant und lehrreich. Herr Stamm versteht es, seinen Neben Jüngern einige recht unterhaltende frohe Stunden zu bereiten, umso mehr als das Programm auch noch einige humor

ritische Stücke aufzuweisen hat. Herr Stamm hat bereits gestern Abend mit großem Erfolg eine Vorstellung gegeben und wünschen wir auch für die heutige, die um 6 Uhr beginnt, ein volles Haus.

Englisch Circle. Heute Abend wird im Nebenraum des Hotel National ein Vortrag des Herrn Sichelhals Joh. G. Lenz mit dem Thema „An Ocean Voyage“ stattfinden. Gäste sind willkommen. (Z. Inserat.)

Ein Handwerker-Versammlung, welche einberufen worden war, um zu der im nächsten Frühjahr stattfindenden Handwerkskammerwahl Stellung zu nehmen, wurde gestern Abend im Saale der Bäderinnung abgehalten. Der Einladung, die vom Gewerbeverein und Handwerker-Verein ausging, hatten nur etwa 70 Handwerksmeister entsprochen. Herr Mechaniker König, der den Vorsitz führte, machte die Versammlung zunächst mit allem Wissenswerten mit Bezug auf die Handwerkskammerwahl, bei der die Hälfte der Kammermitglieder neu zu wählen ist, bekannt. Im Großen und Ganzen werde in der Zusammensetzung der Kammer keine große Verschiebung eintreten, da die auswärtigen Verein- und Vereingungen ihre Stimme in die Wagtschale zu werfen hätten. Herr Installateur Wundt plödierte für eine stärkere Vertretung der Stadt Mannheim in der Kammer. Heibelberg und das Hinterland seien gegenüber Mannheim im Vorteil. Herr Malermeister Reister wandte sich mit scharfen Worten gegen die bisherige Tätigkeit der Kammer. Die Gründung Handwerkskammer sei i. Jt. von den Handwerkern mit Freuden begrüßt worden. Leider sei das, was bis jetzt von Seiten der Regierung geschehen sei, absolut garnichts. (Sehr richtig.) Das hätte man bekommen ohne Handwerkskammer, wenn jeder Organisation selber vorgegangen wäre. (Sehr richtig.) Auf der eigentlichen Kern, wo Abhilfe geschaffen werden sollte, gehe die Regierung garnichts ein. Die Unterlagsbedingungen für die Vergütung von Staatsarbeiten seien i. Jt. mit großer Gewissenhaftigkeit ausgearbeitet worden, aber bis heute habe man von ihnen keinen Deut gesehen. Die Unterlagsbedingungen seien seitdem sogar noch schlechter geworden. Ebenso gehe es mit der Vergütung von Arbeiten. Die Regierung warte weiter. Den Handwerkern werde nur ein Bau-Bau vorgemacht. Man müsse ein Programm für die Handwerkskammer aufstellen. Das sei auch der Grund, warum die Maler- und Tischlermeistervereinigung die Einberufung dieser Versammlung vornahm habe. Die Handwerker müßten es so machen wie die politischen Parteien. Die Handwerker hätten eben stets nur Wünsche und diese würden von einzelnen unterbreitet. Den Vertretern der Handwerker solle es so schwer, in ihrem Amt tätig zu sein, weil sie eben kein Programm hätten. Solange man so weiter warte, werde man niemals den richtigen Ernst der Handwerkskammer gegenüber zeigen können. (Veh. Beifall.) Herr Installateur Wundt bemerkte, sein Vordere habe ihm aus der Seele gesprochen. Was bis jetzt von der Handwerkskammer geschaffen worden sei, sei gleich Null. Was jetzt sei immer nur für die Organisation der Kammer geschaffen worden. Redner wies auf die Mängel im Lehrlingswesen hin. Was müßten alle Erziehungsregeln, wenn dem Lehrling erlaubt sei, abends hinzugehen, wohnen er wolle. Es fehle eben von oben herunter an der nötigen Unterstützung der Handwerker. Es würde ihn sehr freuen, wenn für die Zukunft etwas Greifbares zustande käme. (Beifall.) Herr Wegge- meister Broß bemerkte, er hätte Herrn Reister nicht unrecht geben. Aber wo seien denn die Handwerkerwünsche? Wenn man den Kammermitgliedern nichts in die Hand gebe, könne auch nichts geleistet werden. Man könne aber sagen sein, daß der Vorstand der Handwerkskammer stets bestrebt sei, für den Handwerkerstand positives zu erreichen. Die Handwerker hätten eben kein Vertrauen zur Handwerkskammer. Er möchte dem Vorwurf widersprechen, daß die Handwerkskammer nichts tue. Er habe den Eindruck, daß das richtige Verständnis, noch nicht unter den Handwerkern herrsche, sonst wären mehr zu der Versammlung erschienen. Herr Schreinermeister Koch führte aus, es würden den Handwerkern nur Verordnungen gemacht. Man werfe ihnen nur einen Knochen hin. Die Handwerker müßten sich organisieren. Die Versammlung sei ein Trauerspiel. Man habe oft in der Schreinervereini- gung so viel Leute beisammen. Der Vorstand der Handwerkskammer habe so wenig Hülfe mit den Vereinigungen. Man möchte doch lieber verzeihen, wie es bei den Handwerkern zugehe. Herr Zimmermeister Hermann, der 2. Vorsitzende der Hand- werkskammer, nahm diese gegen die Angriffe in Schutz. An dem langsamem Vordrücken der Handwerkskammer seien nicht die Mitglieder, sondern die ganze Organisation Schuld. Es vergingen manchmal Monate und Jahre, ehe eine Handwerkerforderung zur Einführung gelangte. Mit Herrn Reister sei er auch der Meinung, daß der Kammer mehr Unterlagen durch die Handwerker gegeben werden sollten. Er könne sich nicht erinnern, daß der Kammer je ein Vorstoß unterbreitet worden wäre, der dem Gesamthandwerk zugute gekommen wäre. In der Submissionsangelegenheit nehme die Regierung eben immer noch eine abwartende Stellung ein. Herr Buchbindermeister Walter führt einen Fall an, in dem die Handwerkskammer das Interesse der höchsten Buchbindermeister nicht wahrgenommen haben soll. Leider verließ sich der Redner bei Erwähnung dieses Falles zu geistlichen persönlichen Ausfällen gegen den Sekretär der Handwerkskammer, Herrn Haußer. Der Redner forderte schließlich ebenfalls dazu auf, die Handwerker sollten sich wie die politischen Parteien organisieren, damit der Handwerker eine wirtschaftliche Vertretung in den verschiedenen Ämtern erhalten könne. Aufrechterweise wurde der Handwerkskammersekretär von verschiedenen Seiten energisch gegen die persönlichen Anwürfen in Schutz genommen. Besonders war es Herr Schloßhermeister Klotz, der mit Nachdruck betonte, daß die Handwerkskammer sich glücklich schätzen könne, daß sie einen solchen Sekretär besitze. Die Diskussion, die sich bis gegen 12 Uhr ausdehnte, drehte sich dann in der Hauptsache weiter um rein per- sönliche Angelegenheiten, die mit dem eigentlichen Zweck der Ver- sammlung wenig zu tun hatten und manchmal einen recht pein- lichen Eindruck machten. Ein Antrag des Herrn Reister, der dar- auf hinausläuft, daß eine Kommission gewählt werden sollte, die ein dem Kammermitgliedern mitzuteilendes Programm ausarbeiten sollte, wurde nicht zum Beschluß erhoben, da man sich in einer nach- maligen Versammlung über die weiteren Maßnahmen schlüssig machen will.

Der Bestattung des Reichstagsabgeordneten Dreese geht wie wir hören, eine Trauerfeier im Nibelungenaal voraus. Morgen findet eine Trauerfeier in Berlin statt. Die Leiche Dreese wird ebenfalls morgen von der Reichshauptstadt hierher überführt.

Eine Umtaufe. Die nach dem Waldpark verlängerte Rheinbahnstraße trägt seit gestern den Namen Wald- parkstraße und die Bezeichnung „Rheinbahnstraße“ gilt nur noch für die vom Lindenhofplatz bis zur Johannisstraße stehende Straße. Besser wäre es gewesen, man hätte von vornherein eine andere Benennung für die neuen Rhein- bahnhofsstraße in gar keinem Zusammenhang stehenden fest umgetauften Straße gewählt, dann wäre manchem ein oft ver- gessenes Suchen nach einem Bewohner der neuen Rheinbahn- straße in der alten Rheinbahnstraße erspart geblieben, ab- gesehen davon, daß durch die Umtaufe wieder neue Schwierig- keiten in der Zustellung von Briefen usw. entstehen.

* Aus dem Schöffengericht. Eine Wirtshausknecht tobt am 22. Juli d. J. in der Wirtshaus „zur goldenen Traube“ in Rodarum. Nach ihrer Verurteilung sah der Wirt des Lokals, Peter Thron, auf ein wildes Chaos von Trümmern. Die ganzen Wirtshausmöbeln, wie Bierstühle, Stühle, Klammertische, Streichholz- ständer, Bierständer, Stühle, Klammertische, die Anzugständer des Besitzers, der Gaslaternen, alles war kurz und klein geschlagen. Die Hauptthäter dieses wilden Tumultes, denen es offenbar von vornherein nur um die Demolierung der Wirtshaus zu tun war, wurden gestern vor dem Schöffengericht. Es wurden verurteilt: Tagelöhner Franz Schmidt, Franz Haidl, Michael Kluge zu je 6 Wochen, Hermann Kandelbin der zu 4 Wochen, Joh. Schmid zu 2 Monaten Gefängnis. Sämtliche Angeklagten rekurrierten sich aus dem Rodarumer Rechtsgebiet.

* Das vierzehnte Schöffengericht verurteilte den Reaktor Th. Gut von der Mannheimer „Volkshütte“ wegen Verleumdung der Fabrik der Urleitenfabrik Friedrich Speidel hier zu 200 Mark Geldstrafe. Redakteur Gut war Anfang Juli, als der Reaktor des Reaktor „Volkshütte“ A. Weismann in Urlaub war, an dessen Stelle verantwortlicher Redakteur des „Volkshütte“, in dem damals ein Artikel erschien, der sich mit dem Filialgeschäft der Firma in Regels beschäftigte. In dieser Korrespondenz war behauptet worden, die Firma benötige Spararbeiten ihrer Arbeiter, für welche sie eine Zwangsparade einberufen hätte, als Betriebskapital, wofür aber die Verhandlung keinen Schimmer von Beweis erbrachte. Es ergab sich vielmehr, daß die Firma die jede Woche zurückbehaltenen 10 Prozent von dem abnimmt an die Oberamtsparade absetzte.

* Aus Ludwigsbafen. Der Tagelöhner Jakob Schön aus Deidesheim, welcher in einer hiesigen Wirtshaus einen Kardover- such auf die Melkseein Josefine Honacker unternahm und nach der Tat flüchtig ging, wurde gestern in Offstein einen Selbst- mordversuch und wurde ins Hospital nach Weinsheim verbracht. Der Staatsanwalt hat bereits die Verhaftung gegen ihn ein- gestellt. — Ein weiterer Mordversuch, der Tagelöhner Heinrich Decker, welcher in der Nacht vom 25. auf 26. d. M. einem Fabrik- arbeiter in der Maschinenfabrik einen Stich unterhalb des linken Auges beibrachte, wurde ebenfalls verhaftet.

* Matinalisches Wetter am 28. und 29. Nov. Bei vor- herrschend nordwestlichen bis westlichen Winden ist für Mittwoch und Donnerstag größtenteils trübes und neblig, aber noch immer vorwiegend trübes Wetter bei fallender Temperatur in Aussicht zu nehmen.

Vollstreckungsbericht vom 27. November.

Uhr nebst Kette wurde in vergangener Nacht einem Schiffer von hier in der Beharntschalk an der Jungbühlstraße von einem anderen Schiffer unter Verobung mit Todtschlag ge- waltsam weggerissen und entwendet. Der Ueberfallene wurde außerdem durch Fußtritte auf den Leib und Schläge mehrfach ver- letzt. Der Täter, ein Reitor aus Speyer, ist verhaftet.

Unfall: Von einem 12-13jährigen Knaben wurde gestern nachmittag auf der Straße zwischen M und N 3 eine 70 Jahre alte Frau aus Unachtsamkeit gestoßen, daß sie zu Boden fiel und verletzt wurde. Sie mußte mittels Droschke nach ihrer Wohnung ver- bracht werden.

Ein Zimmerbrand entstand gestern nachmittag im Hause 5 6, 23, dadurch, daß infolge eines Luftzuges der Feuerherd einer brennenden Petroleumlampe zu nahe kam. Der entstandene Schaden soll sich auf 150 Mark belaufen. Das Feuer wurde von Hausbewohnern gelöscht.

Körperverletzungen: Ein Straßenbahnkassierer wurde gestern Abend von einem Kobleträger und dessen 2 Begleiter an der Ecke der Mittel- und Alsbornstraße von der hinteren Wart- stube eines Straßenbahnwagens heruntergeschoben. Er stürzte zu Boden und verletzte sich erheblich an beiden Armen.

Durch Werfen mit einem Bierglas brachte ein Tagelöhner von hier in der Wirtshaus Mittelstraße 12 einem Schuhmacher eine be- deutende Kopfverletzung bei.

In der Kantine der Kompositfabrik gerieten am 25. d. Mts. abends zwei Juristen in Streit, wobei einer dem anderen mit einem Bierglas auf den Kopf schlug.

Ein Tagelöhner aus Ludwigsbafen wurde gestern vormittag in der Kantine von Neubau der Hildbronschen Mühle im In- dustriehofen von 2 auf dem Baldböf wohnenden Italienern durch Schlägen mit Bierflaschen auf den Kopf ebenfalls erheblich verletzt. Weitere Körperverletzungen wurden verübt; am Hauptbahnhof, im Hause D 9, 13, hier und im Hofe der Wirtshaus „zum Pfau“ in Oberbalb.

Verhaftet wurden 16 Personen, darunter ein Gemein- de- schreiber von Obenheim wegen Amtsanmaßung und ein dert. Feuerwehrlieutenant wegen Sittlichkeitsverbrechens.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Quartettvereinigung Hesse.

Erstes Konzert.

Die neugegründete Quartettvereinigung des Herrn Konzert- meisters Hesse und der Herren Bachmann, Gelberich und Heimig debütierten gestern Abend im Kasinoale vor einem zahlreich erschienenen Auditorium als Quartettspieler und, wie wir gleich bemerken wollen, mit recht gutem künstlerischen Erfolg. Schon die Wahl der gewählten Stücke, welche die klassischen Meister: Haydn, Mozart und Beethoven zu Worte kommen ließ, betonte einen gediegenen, geläuterten Kunst- geschmack. Dem entsprach auch die Durchführung des Programms, welche eine würdige Haltung der einzelnen Stimmen und ein ein- zelnes, korrektes Zusammenspiel erkennen ließ. Die gute Abgrenzung, die Reinheit der Phrasierung und die thematische Klarheit waren fast durchweg zu konstatieren, so daß man von dem Quartett bei längerem Zusammenspiel, das natürliches- weise zur Erreichung einer idealen Sicherheit u. Schönheit unerlässliche Voraussetzung ist, recht Erfreuliches erhoffen darf. Mit Haydn's G-dur-Quartett op. 64 Nr. 8 wurde der Abend eröffnet. Es ist ein anmütiges, gefälliges Werk des Begründers des modernen Quartetts und der modernen Sonatentechnik, klar und übersichtlich in seiner Konzeption und dennoch begeben und funk- tionell in seiner motivischen Natur. Im Durchführungsbezug des ersten Satzes, der zu den Dübepunkten des Werkes gehört werden darf, ist das klar gestaltete Thema streng durchgeführt und die imitatorische Arbeit eine sehr interessante. Die punktierten Triolenmelodie sind charakteristisch für den Satz, der in leichten Melodienfluss an uns vorbeizieht. Ein aus den Klängen des Adur-Triolengebildetes Thema beherbergt das Andante. Tiefere Seelenregungen zeigt der G-moll-Ritellatz, in welchem die Primgeige die melodieführende Stimme ist, während die zweite Violine, die Bratsche und das Cello nur Begleitstimmen vorüberziehen. Ein echter Haydn ist das Menuett mit dem reiz- vollen Trio, und ein lebhafter Zug voll ausgelassener Fröhlich- keit durchzieht das Presto. Die vier Sätze erfahren eine technisch- saubere, dynamisch schon abgeänderte Wiedergabe. Auf Haydn folgte Mozart in G-dur-Quartett, dem letzten der drei Hauptgewidmeten Werke dieser Gattung. Diese sechs Quartette entstanden in den Jahren 1782 bis 1785. Mozart hatte bis dahin

den Quartettstil wenig gepflegt und war erst durch Haydn von bühnlicher Schöpfung zu den Arbeiten gekommen. So erklärt sich die Erhöhung. Mozart hält in der Form an den von Haydn ge- gebenen Mustern fest, übertrifft aber Haydn an Prägnanz der Motivbildung, wie hinsichtlich der reicheren, durch effektvollere Behandlung der Instrumente erzielten Klangwirkung. Dagegen übertrifft Haydn seinen Nachfolger an bespannter Ruhe, in jeder. sich völlig in eine Grundstimmung vertiefend, welche Haydn mittelst thematischer Durchbildung eines einzigen Motivs während eines ganzen Satzes festzuhalten weiß.

Die Zeitgenossen fanden Mozarts Tonsprache in dem G-dur- Quartett klar und konnten sich mit den distanzierenden Einfällen des ersten Satzes nicht befreunden. Ans, die wir heutzutage an ganz andere Höhen der harmonischen Kombination gewöhnt sind, erscheint Mozarts Tonsprache diamantklar, seine Formgebung leicht überblicklich, seine Gedanken unmittelbar verständlich. Vor- zugsweise wohlklang ruft im Andante cantabile, das sich zu leidenschaftlicher, abgeklärter Schönheit erhebt, wie sie sich selbst bei Mozart nur selten findet. Kräftig bewegt ist das Thema des Menuetts mit dem in schmerzlicher Kraft nach Befreiung ringenden Trio in C-moll. Das Finale bildet ein von Mozartschem Melodien- reichum erfülltes Allegro in G-dur, dessen Hauptthema in pathos- tischen Gegenbildungen untertaucht, bis es nach mannigfachen Wis- schensfüßen siegreich hervorgeht. Die Wiedergabe des herrlichen Werkes war eine sehr anerkanntswürdige und ließ eine sorgfältige Vorbereitung, namentlich im Andante cantabile erkennen, dessen melodischen Schönheiten zu vollem Erleben kamen. Auch die übrigen Sätze erfuhren eine sehr beachtenswerte Interpretation.

Als Saalnummer kam Beethoven's E-moll Qua- rrett op. 69 Nr. 2 zur Wiedergabe. Dieses Quartett, das 1807 in Wien aus dem Manuskript gespielt, 1808 herausgegeben wurde, ist dem russischen Hofkapelle in Wien, Grafen Rumjowitsch, gewidmet. Die Person und Nationalität des Grafen sind nicht ohne Einfluß auf das Werk geblieben. Im dritten Satze, dem sogenannten Sotzgo, das hier aber Allegretto überschrieben ist, ist ein russisches Volkslied als Thema benützt. Es scheint, als sei dieses Opus nicht frei von ähnlichen Bestimmungsgründen geblieben. Daher kommt es auch, daß bei der höchsten Bedenklichkeit einzelner Partien eine einheitliche Idee, die das Ganze hervorgerufen hätte, launig zu finden ist. Auch die Wiedergabe dieses Werkes zeigte sich würdig denen der beiden andern an. Sehr temperamentvoll wurde der erste leidenschaftlich gehaltene Satz gespielt. Der den zweiten Satz in G-dur eröffnende himmlische Gesang kam in geläuteter Schönheit zur Geltung. Im dritten Satze war die Partitur des fugierten Teils eine klare und die Tongebung war fast immer eine volle. Keuschheit floß und in harter Wiedergabe zog das Finale vorüber. Der Beifall war nach allen Sätzen und Nummern ein ungetrüblich warmer.

Blavier- und Rezitations-Abend.

Auf den Blavier- und Rezitationsabend Händel's Krieger nahen wir auch an dieser Stelle nochmals aufmerksam.

Frankfurter Opernhaus. (Spielplan.) Dienstag, 27. Nov.: „Die Meistersinger von Nürnberg“. — Mittwoch, 28.: „Der Freischütz“. — Donnerstag, 29.: „Tiefen“. — Freitag, 30.: „Geschlossen“. — Samstag, 1. Dez.: „Die Afrkaneria“. — Sonntag, 2. nachm. 4 Uhr: „Das Schwalbennest“. Abends 7 Uhr: „Rienzi“. — Montag, 3.: „Tausendundeine Nacht“.

Von den italienischen Bühnen. Die aus Mailand berichtet wird sieht man dort mit lebhafter Spannung der Erlauführung einer neuen Komödie von Gerolamo Robertta entgegen, die am 1. Dezember im Manzoni-Theater stattfinden wird. Der Autor ist ansässig darauf bedacht, daß über den Inhalt des Stückes nichts weiter bekannt werde, damit das Publikum es völlig unbereit- genommen auf sich wirken lasse. Den Schauspielern, die nicht in Konzerten beschäftigt sind, wird das Werk erst auf den letzten Proben bekannt werden, und jede Indiskretion, die die Zeitungen etwa begehren könnten, droht der Verfasser gerichtlich zu verfolgen. Es heißt, daß es sich um ein Schiffslied handle, das sich auf zwei sehr bekannte politische Persönlichkeiten in Rom bezieht. Der Titel ist „Cappo Eccellenza“. — Im Vittorio Emanuele-Theater in Turin wurde eine neue zweitägige Oper „Belbo“ von dem jungen Komponisten Leopoldo Caffone mit größtem Beifall zum ersten Male aufgeführt. Das Libretto behandelt die Liebes- geschichte eines Soldaten Ludwigs XIV. Die melodische Musik zeigt von lebendiger Inspiration und echtem Empfinden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Delegiertenversammlung süddeutscher und österreichischer Handelskammern.

München, 26. Nov. Nach dem Referat des Dr. Blaun- stein-Mannheim über die süddeutschen Vertreterverhältnisse be- teiligten sich an der Debatte hierüber die Vertreter von Augsburg, Heidelberg, Ludwigsbafen, Wien, München, Stuttgart. Mit ein- gen Änderungen wurden die Anträge Dr. Blaunstein wie folgt angenommen: Die Delegierten richten an die beteiligten Eisenbahnverwaltungen das Ersuchen, für eine schleunige und durchgreifende Verbesserung der barock unzuläng- lichen und der außerordentlichen Zunahme des Geschäfts-, Erholungs-, Vergnügungsteilen- und Postverkehrs zwischen den ein- zelnen Teilen Süddeutschlands keineswegs mehr entsprechenden Schnellzugverbindungen von München nach dem Westen und umgekehrt Sorge zu tragen. Das Verlangen der beteiligten Kammer gebe dahin, daß Schnellzugverbindungen von Wien und Oesterreich, von München und dem rechtsrheinischen Bayern, von Stuttgart und Württemberg nach Mannheim und Basel, Ludwigsbafen und dem linksrheinischen Bayern in beiden Richtungen eine erhebliche Verbesserung erfahren. Dem Verlangen kann entsprochen werden durch Einführung neuer Züge und Zusammenhänge bestehender, durch Erhöhung der Fahrge- schwindigkeit, Verkürzung der Aufenthalte, Befreiung der Ver- bindungen, Vermehrung der direkten Züge, Einführung von- Speise- und Schlafwagen. Die Kammer gehen dem bringenden Wunsch Ausdruck, daß dem Durchgangsverkehr sowie dem Postverbindungen die nötige Beachtung zuteil werde. Ferner werden auf Antrag Augsburgs und Münchens folgende An- träge angenommen: 1. Die im Sommer 1901 und 1902 gefahrenen Morgen- und Abendszüge Stuttgart bezw. Mannheim-München, ein- treffend gegen 12 Uhr in München und Gegenzug München ab 6.30 abends nach Stuttgart sollen wieder hergestellt werden, ebenso wieder die Mittagsverbindungen München mit dem Westen, 2. Die drei süddeutschen Bahndirektionen sollen mit den eisen- bahnrheinischen Reichsbahnen und mit den französischen Orléansbahnen in Verbindungen treten bezüglich Beschaffung einer Tages- schnellzug-Verbindung Paris-München, Paris ab 7.30 Uhr früh München 11.30 Uhr nachts mit dem entsprechenden Anschluß an Mannheim und die Rheinpfalz.

Dagegen Stuttgart sprach seine Genugthuung darüber aus, daß die Vollständigkeit einer deutschen Eisenbahngemein- schaft hier allgemein so unvorstellbar betont worden sei. Aller- dings habe er eine engere Gemeinschaft im Sinne, als man hier in München aussprechen dürfe. Er wünsche, daß öfter betrieblige Zusammenkünfte der süddeutschen Handelskammern zur Befriedigung gemeinsamer Interessen stattfinden mögen. Die Bericht- er Stuttgart und Mannheim betonten, daß man die letzten

Auch nach andere Fragen erörtert Hans, z. B. die Betriebsmittelgemeinschaft, den Wagenmangel, die Postverkeföderung zwischen Nord- u. Süddeutschland. Man sah jedoch der „Hess. Zig.“ zufolge, von einer solchen Besprechung ab, nachdem der Vorsitzende Kommerzienrat v. Pfister darauf hingewiesen hatte, daß die Einberufung der heutigen Tagung mit einer bestimmten Tagordnung erfolgt sei und daß man auch nach andere Handelskammern hätte einladen müssen, wenn man die Tagesordnung angekündigt hätte. Nach Dankesworten und mit dem Wunsche der Wiederkehr ähnlicher Konferenzen wurde die Tagung geschlossen.

Ein solcher Minister.

* Berlin, 28. November. Der „Berl. Lokal-Anz.“ meldet aus Lomburg: Ein gutgekleideter Herr ließ sich auf dem Dammorbahnhof von dem Postengelasteten die Kasse vorzählen unter der Angabe, er sei der Eisenbahnminister Breitenbach und wolle persönlich revidieren. Er entfernte sich dann, ohne das Geld zu berühren. Als er sich darauf an der Postkassette aufschließen machte, hielt ihn ein den Schwanzel enthaltender Geopaträger an und veranlaßte seine Verhaftung. Es wurde festgestellt, daß es ein seiner Sinne nicht ganz mächtiger bayerischer Eisenbahnbedienter war. Er wurde nach Feststellung seiner Persönlichkeit wieder entlassen.

Der „Hauptmann von Köpenick“ vor Gericht.

* Berlin, 28. Nov. Nach dem „Berl. Tagbl.“ lautet die Ankündigung bei der am 1. Dezember beginnenden Schwurgerichtsverhandlung gegen den Köpenicker Schwimmler auf unbefugtes Uniformtragen, schwere Urkundenfälschung, Betrug, Freiheitsberaubung und Annahme eines öffentlichen Amtes.

Ein Revolvententat auf dem Boulevard des Italiens.

* Paris, 26. November. Auf den früheren radikalsten Deputierten Merleu, welcher Finanzminister im Kabinett Rouvier war und kürzlich zum Gesandten in Lima ernannt wurde, wurde heute Abend auf dem Boulevard des Italiens in der Nähe des Café Anglais ein Revolvententat verübt. Die Frau merleu wurde vier Schüsse auf Merleu ab, der durch eine Kugel am Unterschenkel erheblich verwundet wurde. Die Frau, die schon wiederholt mit Merleu lärmende Ansätze auf offener Straße gehabt hatte, wurde verhaftet. Merleu war wegen der Angelegenheit oft von nationalpolitischen Seiten angegriffen worden, und im vorigen Jahre wurde darüber sogar ein Pamphlet unter dem Titel „Sen Excellence Monsieur Merleu“ veröffentlicht.

Die Frau erklärte auf dem Polizeikommissariat, daß sie das Attentat ausgeführt habe, weil sie von Merleu verlassen worden sei. Sie habe erfahren, daß Merleu sich demnach auf seinem Gesandtschaftsposten in Lima begeben werde und sie habe, da sie schon eine lange Krankheit durchgemacht habe, mit der Volkziehung ihres Nachlasses nicht länger warten wollen.

* Paris, 26. Nov. Die Frau, die heute den ehemaligen Finanzminister Merleu durch Revolventschläge schwer verwundete, ist eine Schauspielerin namens d'Allemagne, die unter dem Namen Uday auftritt.

* Baden-Baden, 26. Nov. Der hiesige Stadtrat hat beschlossen, die Leitung des Sommertheaters für das Jahr 1907 Herrn Karl Weich, z. H. Direktor des Intimen Theaters in Nürnberg, zu übertragen. Nach Maßgabe des Vertrages sollen 40 Vorstellungen stattfinden, von denen auf die Operett vierundzwanzig entfallen.

* Konstanz, 26. Nov. Heute mittag ist das Warenhaus Knopf vollständig ausgebrannt. Der Schaden ist bedeutend.

* Berlin, 26. Nov. Den Wittern zufolge ist der Landrat Schwarg, der seit etwa einem halben Jahre bei der Reichsbank tätig war, plötzlich gestorben. Die „Vossische Zeitung“ meldet, Schwarg habe sich in einem Schwermuttsausfall das Leben genommen.

* Breslau, 26. Nov. Der junge Mann, der sich heute mittag am Kaiser-Wilhelmplatz erschoss, ist der „Schlesischen Zeitung“ zufolge der Student Richard Ochs, 21 Jahre alt. Die schwer verletzte Tante ist die Witwe eines Rechtsanwalts Kallisch von hier.

* Wien, 26. Nov. Der österreichische Reichshofrath Wilhelm Herzog, ein führender Mitglied der Regierung, ist im Alter von 62 Jahren gestorben.

* London, 26. Nov. Au Nord des seit gestern Abend in Mammen stehenden Schiffs „Miguel“ explodierten heute morgen fünf Granatentexten, ohne an den in der Nähe befindlichen Schiffen Schaden anzurichten. Auch der Körper des Schiffes selbst ist heute morgen in Brand geraten. Von der Schiffbesatzung wurden sechs Mann verletzt, von den Rettungsmannschaften trugen acht leichtere Schrammen davon.

* London, 26. Nov. Nach einer Land-Meldung aus Fort Cold geriet der englische Transportdampfer „Newa“ heute vormittag um 10 Uhr zwischen Alton und Newnham auf Grund. Der Dampfer wurde dadurch gesperert.

* Kansas-City (Missouri), 26. Nov. Ein modifizierter Räuber hat in einem von Alton nach Chen gehenden Zuge Passagiere geraubt, indem er sie unter Verhinderung seines Revolvers zwang, ihm Geld und Wertgegenstände im Wert von 2000 Dollars auszuliefern. Dem Hauptführer gelang es, den Räuber zu überwinden und zu schießen. Man hat in ihm den Mann erkannt, welcher am 5. November in demselben Zug einen Raub ausgeführt hat.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserm Berliner Bureau.)

* Berlin, 27. Nov. Dem Bienenangriff im Zirkus Busch ist gestern eine Tigerattacke im Zirkus Albert Schumann gefolgt. Der Dompteur Heinrich Genriffen hatte seine Vorstellungen mit einer neuen Tigerin fast beendet. Zum Schlusse sollte eine Tigerin über seinen Arm springen. Dabei kam er zu Fall, da die Tigerin unwillig war und nun stürzte sich auch die zwei anderen Tigerinnen auf ihn, wovon ihm eine mit einem Tagenschlag den Arm aufriß. Er konnte sich schnell erheben und durch Weitschritte und Schüsse die Tiger in ihren Käfig zurücktreiben. Dann begab er sich in eine Klinik, um sich verbinden zu lassen. Er ist nicht schwer verletzt. Er hat nur Verletzungen am rechten Unterarm, am linken Unterschenkel und auf dem Rücken.

* Berlin, 24. Nov. In Lemberg ist der auf Verlangen Russlands verhaftete Arzt Dr. Kravcsewski von der Reichskammer des Lemberger Landgerichts gegen eine Kaution von 4000 Kronen auf freien Fuß gesetzt worden.

* Berlin, 27. Nov. Wie aus London gemeldet wird, wird in Birminghamer Fabrikantenkreisen erzählt, Chamberlain habe einen zweiten Schlaganfall gehabt und sei auf einem Tuche erblindet. Die Familie Chamberlains stellt aber eine solche schwere Erkrankung in Abrede.

* Berlin, 27. Nov. Gestern Abend fand eine Versammlung statt, die von Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung einberufen war, um gegen die Fleischnot zu protestieren. Der Saal war von Frauen gedrängt voll. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß die verbündeten Regierungen Maßnahmen zur Vermeidung der Fleischnot treffen möchten, da diese eine ungenügende Ernährung vieler Volksschichten herbeiführe und so zur Schädigung der künftigen Generation des Volkes führe.

* Berlin, 27. Nov. Aus Anlaß der Landerdebatte im Reichstag sind diversen Abgeordneten jetzt Probestücke einiger Rind- und Dreimarkstücke vorgelegt worden. Der Landeskongress beschloß sich jetzt mit dem Antrag, für 20 Millionen Rindmarkstücke auszugeben und wird in Abrede voranschreiten demnach beschließen. Zur Zeit werden für 1 800 000 Mark Rindmarkstücke ausgesetzt, der Rest einer früher vom Bundesrat beschlossenen Ausgabe, da starke Nachfrage nach Hartgeld zu Lohnzahlungen herrscht.

* Berlin, 27. Nov. Wie gestern mittag vor dem Kaiser nach dem Konstantinogramm im Reichshofpalast in Berlin eingetroffen.

* Berlin, 27. Nov. Der „Vorwärts“ behauptet, es kämben zwischen Deutschland und Rußland Verhandlungen über einen neuen Vertrag bezüglich der Auslieferung politischer Flüchtlinge. Die Tendenz dieses Vertrages soll sein, Rußland das Recht zu geben, die in Deutschland weilenden Russen durch die Polizei nach Rußland deportieren zu lassen. Man wird gut tun, dieser Nachricht heute Zweifel entgegenzubringen.

* Berlin, 27. Nov. Für den Abg. Drosbach wird morgen hier eine von seinen Fraktionsgenossen veranstaltete Trauerfeier stattfinden. Dann wird die Leiche nach Mannheim übergeführt werden.

Aus Rußland.

* Petersburg, 26. Nov. Die polnische Sozialistenpartei gibt öffentlich bekannt, daß bei dem großen Diebstahl bei Rogow 1 400 000 Rubel gestohlen worden sind. Die Angabe der Regierung, daß die entwundene Summe nur gering war, ist daher unrichtig. Die Partei bedient sich bei ihrem Nachrichtenendienst der drahtlosen Telegraphie.

* Petersburg, 26. Nov. (Petersb. Tel.-Ag.) Das Ministerium für Volksaufklärung unterbreitete dem Ministerium ein Programm neuer Gesetze. Bei Beginn der Beratungen können demnach folgende Fragen zur Verhandlung gelangen: Einführung des allgemeinen Elementarunterrichts, Änderung einiger Gesetze betreffs die Lehrseminarien und Statuten- und Etatsentwürfe für die Universitäten und andere Hochschulen.

* Petersburg, 26. Nov. Der Bürger Stajot ist, weil er fünf geladene Bomben in seinem Besitz gehabt hat, vom Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt und heute hingerichtet worden.

* Odessa, 2. Nov. Auf dem Bahnhof wurde eine Reisende verhaftet, in deren Gepäck eine Menge Kreditbilletts gefunden wurden. Man vermutet einen Zusammenhang mit den in Petersburg verwendeten Kreditbilletts im Werte von 382 000 Rubel.

* Sebastopol, 26. Nov. Heute wurde hier das Urteil über die wegen der Militärrevolte angeklagten Personen verkündet. Von diesen wurde der Hilfsapotheker Katorowitsch zum Tode durch den Strang und zwei Soldaten zum Tode durch Erschießen verurteilt. Drei Soldaten wurden zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, der Berichterstatter Trenlet zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Deportation in mehrere andere zur Zwangsarbeit und zur Verlegung in Strafbataillone oder zu Gefängnis verurteilt. Von den 270 Angeklagten wurden 38 freigesprochen.

* Kertsch, 26. Nov. (Petersb. Telegr.-Ag.) In der hiesigen Hauptsynagoge wurde heute ein Fest mit Drucken, Reden, Prozessen und ein Bericht über die Tätigkeit der Revolutionäre abgehalten.

* Theodosia, 26. Nov. Heute wurde hier auf der Straße ein Bombenanschlag auf das Leben des Generals Danilow verübt. Der General blieb unverletzt. Der Täter ist verhaftet worden.

* Theodosia, 26. Nov. Der Mann, der das Attentat auf den General Danilow verübte, gab an, österreichischer Staatsangehöriger und 22 Jahre alt zu sein. Er habe das Attentat auf Befehl der fliegenden Sektion der Südbahnteilung der Revolutionäre verübt. Seine Haltung ist herausfordernd. Der Führer, der sich weigerte, den Verbrecher zu verfolgen, wurde ebenfalls festgenommen. Beide sind dem Kriegsgericht übergeben worden. Außerdem sind noch zwei verdächtige Personen festgenommen worden. — Der Verbrecher trug die Bombe in einem Gemüßkorb. Die Bombe explodierte nicht. Bei der Flucht schoß der Verbrecher mehrere Male auf seine Verfolger, wurde aber ergriffen. Er ist anscheinend ein Arbeiter. Die Bombe bestand aus einer Weisblechbüchse, die er einwickelt trug.

* Tiflis, 26. Nov. Nach dem amtlichen Bericht über die Plünderung des Postzuges bei Scharovan eröffneten die Wachmannschaften unter der Führung eines Gendarmen das Feuer gegen die Räuber. Ein Gendarm wurde erschossen, zwei Wachmannschaften wurden tödlich und zwei andere leicht verwundet. Ebenso wurden zwei Reisende leicht verwundet. Splitter einer Bombe und eine unter die Brücke gelegte Bombe wurden aufgefunden.

Volkswirtschaft.

Dr. Die General Mining and Finance Corporation, Ltd., bekanntlich eine Gründung der „Dresdner Bank“, will ihr 1/4 Millionen Pfund Sterling (= 25 Millionen Mark) betragendes Kapital um 625 000 Pfund auf 1 875 000 Pfund erhöhen. Es soll darüber eine auf den 27. Dezember a. c. nach Johannesburg einberufene Generalversammlung stattfinden. Derselben soll außerdem die Wahl der Herren Dr. Arthur Solomonson (von der Direktion der Diskonto-Ges.), Albert Walsche (E. Weidinger) und Reg. Rat a. D. Siefr. Samuel (Schaaffhausen'scher Bankverein) in den Aufsichtsrat vorgeschlagen werden. Die Ausgabe der jungen Aktien soll zu 1/2, 1/5 erfolgen; die übernehmenden Banken (Dresdner Bank, Schaaffhausen, Diskonto-Gesellschaft, Weidinger) haben dieselben den Aktionären im Verhältnis von 2 : 1 à 1/2 Pfund 1.10 anzubieten.

Wasserstandsberichte im Monat November.

Table with columns: Station, Datum, and Bemerkungen. Rows include Bonn, Waldbrunn, Gänzingen, Aehl, Lauterburg, Wogau, Germerheim, Mannheim, Mainz, Bingen, Raab, Rodenz, Röll, and Hühroft.

Verantwortlich: für Politik, Kunst, Feuilleton und Vermischtes: Fritz Kayser; für Lokales, Provinziales und Gerichtszeitung: Rich. Schönfelder; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Appel; für den Interoriental und Wissenschaftlichen Franz Kircher. Druck und Verlag der Dr. D. Doack'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.

Advertisement for 'KANDER' porcelain. Features large stylized text 'KANDER' and 'Echtes Porzellan'. Below are various items and prices: Milch Kannen 5 Pfg., Speiseteller 10 Pfg., Zuckerdosen 15 Pfg., ovale Platten 20 Pfg., Kaffee-Kannen 25 Pfg., Tischlampen 95 Pfg., Küchenwagen 1,48 Mk., Bügeleisen 95 Pfg., Fleischhackmaschinen 2,25 Mk., Küchen-Uhren 1,95 Mk.

Stenographischer Reichstagsbericht des Mannheimer Generalanzeigers

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung vom 26. November, 3 Uhr.

Vom Bundespräsident: Graf Posadowsky u. a.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Dreesbach (Soz.) wird durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend gewerbliche Verfassungsverträge wird fortgesetzt.

Abg. Wahnke (Soz.):

Schon bei der Ankündigung, daß durch das Gesetz den Vereinen die Möglichkeit freier Verhandlung innerhalb der durch das Gewerkegesetz gezogenen Grenzen gegeben werden solle, machte der Reichstag auf das Recht der Gewerkschaften der zunächst Beteiligten nicht hinreichend aufmerksam. Auf die salus publica hat man sich noch nicht besprochen, man ließe anderen Gründen vorhanden oder die vorhandenen etwas brüchig waren. Unser Verdacht hat sich bestätigt.

Der Entwurf nimmt auf die Wünsche des Reichstages keine Rücksicht. Wir hätten wohl erwarten dürfen, daß ein Beschluß des Reichstages vom Bundesrat etwas respektvoller behandelt wird. Denn in Bezug auf das Recht sind wir hinter anderen Ländern zurückgeblieben. Es ist die blutigste Kritik des Entwurfs, daß zu seinen Freunden gerade die Konfessionsparteien gehören, die bisher den Gewerkschaften beschließen auf energichster bekämpft haben. Der Staatssekretär wird es nicht über nehmen, wenn wir sagen, es handelt sich nicht um einen reinlichen oder förmlichen Entwurf, als um einen Entwurf seines eigenen Reiches. Es ist eine Vorlage von Politikern; und ihr Spruch nicht der Geist des 20. Jahrhunderts, sondern der Geist der Vorzeit des vorigen Jahrhunderts, jener Zeit, aus der das preussische Vereinsgesetz stammt. Wir finden keine Spur von liberaler Welt, keine Spur davon, daß das Vereinsrecht nicht nur zur Förderung des Mißbrauchs, sondern auch zur Förderung des richtigen Gebrauchs dienen soll. (Sehr richtig! links.) Ein Vorteil der Reichstagsmitglieder besteht darin, daß sie die Verhandlungsmöglichkeit der Vereine begründet. Die Tarifverträge zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen werden immer mehr um sich greifen; sie bestehen bisher im wesentlichen für das Handwerk, aber allmählich werden sie auch die Organisations durchdringen. Das liegt in der Natur der Sache. Die Folge davon wird sein, daß die gewerkschaftliche Bewegung der Reichstagsmitglieder gegenüber der Reichstagsmitglieder einseitig ist. Die Reichstagsmitglieder sind im allgemeinen politisch und von der Stärke der Parteien ab. Und nun die Reichstagsmitglieder. Die Regierung gibt nicht das geringste, ohne auf der anderen Seite etwas zu nehmen. So ist es auch hier, sie schmälert das Koalitionsrecht. Auch bei den Landarbeitern hat nachgehoben, was bisher verjährt ist, sagt sie: Da soll es beim Alten bleiben, denn durch einen Landarbeiterstreik hätte die Ernte verderben. Das die Vereine keine Ernteverträge erheben dürfen, ist eine große Gefahr, denn dadurch wird im entscheidenden Moment den Berufsvereinen die Waffe aus der Hand genommen. Das gleiche gilt von der Bestimmung, daß die Gelder nur für die Zwecke des Vereins verwendet werden dürfen. Weiter soll das Mitgliederverzeichnis vorgelegt werden, um zu ermitteln, ob in den Verhältnissen des Vereins eine Veränderung eingetreten ist. Was ist ein Verhältniß? (Erläuternde Erklärung.) Es brauchen nur einige Mitglieder, die nicht mehr zum Verein gehören, im Verzeichnis weiter geführt zu werden, und dem Verein wird die Rechtsfähigkeit entzogen. Ferner sagt der Entwurf, daß bei Befreiung der öffentlichen Sicherheit ein Streit die Entziehung der Rechtsfähigkeit zur Folge haben kann. Wenn also die Arbeiter der Firma Kippelstich plötzlich streiken wollten, so könnte ein Gefährdungsgenosse des Herrn von Kippelstich seinen Einfluß im Ministerium geltend machen, um den Streit zu verhindern und dazwischen zu fahren mit der Entziehung der Rechtsfähigkeit. (Sehr richtig! links.) Denn wir sind ja im Krieg mit Süddeutschland, und es gehört zur Kriegsbereitschaft, daß die Waffen und Ausrüstungsgegenstände rechtzeitig geliefert werden. (Sehr gut! links.) Was ist denn das „öffentliche Sicherheit“? Da sind wieder einmal die Vereine rettungslos ausgenutzt dem Willen der Behörden. Das ist es, was bei und gerade den sozialistischen Geist züchtet, diese Willkür der Behörden, die die Klassen ganz verschieden behandelt. Warum gibt es in Amerika keinen Sozialismus? Warum gibt es in England keine sozialdemokratische Partei nach deutschem Muster? Weil es dort kein Agrarrium gibt, das die Arbeiter politisch

niederhält. Lesen Sie, was Prof. Sommer in seinem neuesten Buche sagt: „An Sozialismus und Kapitalismus wird alle sozialistische Utopie zu Schanden.“ Durch Postgesetz löst sich der sozialistische Geist nicht bannen, nur indem man endlich und in Wirklichkeit politische Gleichberechtigung zueinander. (Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. Grottel (Zentr.):

Herr Regier stelle es so dar, als ob ich in der Zentrumspartei einen schweren Stand hätte. Verzeihen Sie mir, Herr Regier, so schlecht wie Sie in Mannheim, bin ich nie von meiner Partei behandelt worden! (Beifall.) Herr Trimbach soll als reichlicher Regierungskommissar gesprochen haben! Hat keine Rede davon! Er hat nur alle Vorteile des Gesetzes zunächst ausgeführt, um dann Kritik zu üben. Denn so, wie das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften, Herr Regier sagte: „Wir betrachten die sozialdemokratische Partei als politische Vertretung der Arbeiterklasse.“ Das ist doch wohl nicht ganz wahr; die Gewerkschaften betreffen sie doch wohl als etwas mehr, wie in Mannheim hervorgehoben. Herr Regier hätte aber das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft wohl ehrlieh und offen sprechen können. Es könnte doch endlich ein Ende gemacht werden mit all der Neutralitätsrede. Jetzt sagt Herr Regier: „Wir stehen zur Sozialdemokratie genau so, wie die christlichen Gewerkschaften zum Zentrum.“ Wenn er das in Mannheim gesagt hätte, hätte man ihm ordentlich den Kopf gewaschen. (Beifall.) Das Zentrum hat sich noch nie in Angelegenheiten der christlichen Gewerkschaften gemischt. Wenn wir uns „christliche Gewerkschaften“ nennen, so heißt das nichts anderes, als daß wir christlich geprägte Arbeiter, die sich von sozialistischen Anschauungen emanzipiert haben, sammeln zur Vertretung rein wirtschaftlicher Interessen; wie gehören aber keiner politischen Partei an; und wenn wir unsere christliche Weltanschauung zuweilen betonen, so nur im Kampf mit der irreligiösen Sozialdemokratie. (Beifall rechts.) Herr Regier sagte: Keine andere Partei nehme sich der Arbeiter an. Etwas anderes ist das. Die bürgerlichen Parteien haben eine höhere Unterlassungshandlung begangen, indem sie das Korrespondenzblatt vom dem „christlichen Kampf“ nicht mehr gemacht haben. Wenn jede Partei nur ein halbes Dutzend solch christlicher Männer, wie ich zum Beispiel (Beifall) in ihrer Mitte aufwiese, es würde ganz anders alles stehen. Herr Regier darf Herrn Trimbach vor, er hätte kein Wort über das Koalitionsrecht der Landarbeiter gesagt. Das war vorgelesen, aber es wurde dann verinbart, daß ich darüber sprechen sollte. (Abg. Regier ruft: Ja, das glauben wir, das muß Ihnen aber sehr nicht mehr. Beifall.) Ich bedauere auf das lebhafteste das ungeduldige Verhalten, das auf der rechten und teilweise auch in meiner Partei gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter besteht. (Sehr, sehr! links.) In diesem Punkte hat die agrarische Presse schwer gesündigt. Sie fürchten immer den Koalitionsstreik, aber das ist gerade eine Folge des Mangels eines Koalitionsrechts. Organisierte Arbeiter werden einen Koalitionsstreik nicht begehen. Nehmen Sie diesen Gesetzentwurf an, so wie er ist — ich sage nicht, daß ich das wünsche — und begreifen Sie die Landarbeiter ein, so haben Sie die beste Garantie gegen Koalitionsstreik. Schließen Sie einen Tarifvertrag mit Organisation zu Organisation, dann ist der Koalitionsstreik unmöglich. Sie können keinen Fall anführen, wo eine Gewerkschaft, auch nicht eine freie Gewerkschaft, den Streik eines Tarifvertrages gebilligt hätte. Die Einwände gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter sind absolut hinfällig. Sie fürchten freilich: dann kommt Ihnen die böse Sozialdemokratie auf das Land. Ich glaube: die braucht nicht erst zu kommen, die ist schon da, allerdings nicht in öffentlichen Organisationen, sondern gebirnen Konventikeln. Das ist aber noch viel schlimmer, daß ist der Sozialismus in Kleinfamilien! Die Verweigerung des Koalitionsrechts zieht gerade die Verärgerung nach sich, die den besten Koalitionsstreik für die Sozialdemokratie abgibt! Die Sozialdemokratie ist heute nicht in Verlegenheit. Sie hat Geld und Agitatoren in Überflut. Wollen Sie ihr entgegen treten, so schaffen Sie den Stein des Anstoßes fort, beichtigen Sie das Ausnahmengesetz gegen die Landarbeiter! Welches Recht für alle! Die ländlichen Arbeiter haben kein Recht, sich gegen ihre Arbeiter zu koalieren, aber die Arbeiter haben das entsprechende Recht nicht. Und ferner: Die Arbeiterzeitung auf dem Lande ist brennend. Ein tüchtiges Arbeiterpersonal ergötzen Sie aber nicht aus Ansehen! Wie die politischen Rechte die Ankerkräfte der Tätigkeit werden, das sehen Sie am besten an unseren Journalistenarbeitern. Verleihen Sie das Koalitionsrecht doch nicht immer unter dem Gesichtspunkt des Streiks. Die Gewerkschaften haben ganz andere Aufgaben, und es ist sehr fraglich, ob die Landarbeiter gerade durch Streiks viel Chancen bekommen. Brechen will, ideal ist, immer das Optimum des reaktionären Staates bedeuten! Ueberall der kleine, enge, bürokratische preussische Polizeistaat! Es ist so weit gekommen, daß man sich brauchen in der Welt lösen (schämt, ein Versuch zu sein) (Wimmlenlanger Lärm rechts.) Was ja, so soll man in Brechen endlich mit diesem System aufhören, man soll endlich anfangen, den einfachen Kulturforderungen nachzukommen. (Erneuter großer Lärm und ironisches Bravo rechts.)

Schwer wendet sich nunmehr dem Gesetzentwurf selber zu, dessen Einzelheiten er kritisch durchgeht. Vor allem bemängelt er die ungenaue, unklare und unbestimmte Fassung der einzelnen Bestimmungen, z. B. über die Hilfe, die eine Arbeiterkategorie einer anderen leisten, über die Einwirkung in das Mitgliederverzeichnis usw. Diese Bestimmungen seien für die Gewerkschaften ganz unannehmbar.

Abg. Heine (Soz.):

Das Gesetz ist ein Kontrakt eigener Art, eine Geburt ohne menschliche Heim und Bildung, wie das preussische Bundesrecht so schon sagt, und darum auch nicht lebensfähig. Schon das Juristendogma des Unverfalls ist daran scheitern, daß sich niemand durchsetzen kann. Die Gewerkschaften sind ohne Hilfe des grünen Reiches entstanden, wie fast alle Genossenschaften, und nun versucht der Entwurf vom grünen Reich aus in das lebendige Volkleben einzugreifen. Die Fruchtbarkeit ist etwas, was der Bureaucratie am meisten fehlt; und statt auf diesem Gebiet etwas zu lernen, läßt sie die Sache mit ungehörigen Fingern an und hakt mit der Prozeduralerei von den Dingen der natürlichen Entwicklung ab, was ihr nicht paßt. Erst muß man den Grund legen, wenn man das Haus bauen will. Erst hätte man das Vereinsgesetz ändern und das Koalitionsrecht neu regeln müssen, ehe man mit der Bearbeitung dieses Entwurfs begann. Was der Staatssekretär gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter anführt, ist ein sozialistischer Gehalt, den ich akzeptieren kann, aber erst für den Zukunftssinn. Wenn die Prozeduralerei wirklich Ende des öffentlichen Interesses ist, dann muß man sie zum Gegenstande öffentlichen Dienstes machen nicht bloß auf Kosten der Arbeiter, sondern auch auf Kosten des Grundeigentümers (Sehr richtig! bei den Soz. Jura! rechts: Allgemeine Redenarten.) Dann wären die Grundbesitzer das Recht auch nicht mehr zum Gegenstande der Prozeduralerei und der Massenabnutzung machen. Welche Verurteilung können nun in einem Verbandsauf Grund dieses Gesetzes verurteilt werden? Heutzutage sind in den großen Vereinen Leute der verschiedensten Verurteilung vereint; und das entspricht der inneren Notwendigkeit. Im Holzarbeiterverbande sind zum Beispiel vereint Bauhilfen, Drechsler, Ravierarbeiter, Stellmacher, Korb-, Bürstenmacher und Holzseilerarbeiter. Wird man künftig diese Leute als zu demselben Verurteilung gehörig ansehen? Hierüber läßt sich der Entwurf nicht aus. Aber es wäre wichtig, daß er es täte; denn ich traue den Juristen, was Reichlichkeit anlangt, alles mögliche zu. Der Bundesrat und der Staatssekretär sind selbst noch viel liberaler, als alle ausführenden Organe. Ja, die so behaupten zu glauben: Man will durch diesen Entwurf die großen Arbeiterorganisationen zerstückeln, damit jede gemeinsame Aktion der Arbeiterklasse verlohrt wird. Man will eben die Kräfte der Arbeiterorganisationen brechen. Was wird nicht alles schon geleistet! Unmöglich wurde eine Versammlung eines Bauvereins aufgelöst, weil dort eine Vorlesung gehalten wurde: Ueber die Solidarität im Allgemeinen. Die Polizei sagte, das sei es. Es ist die Aufhebung mit öffentlichen Angelegenheiten. (Beifall.) Künftig wird man alles als öffentliche Angelegenheiten ansehen. Künftig wird es einer Gewerkschaft nicht einmal möglich sein, sich mit Gelehen wie etwa der Justizbauvorlage zu beschäftigen. In die Verletzung des Staatssekretärs, diese Bestimmungen würden alle sehr liberal gehandhabt werden, glauben wir nicht mehr. Die ewigen Schührgeliebten der Polizei auf diesen Gebieten haben und jeden Wochen gerand. Ueberhaupt ist es viel gefährlicher, wenn das Gesetz lag ausgeführt wird, als wenn es rigoros gehandhabt wird; denn wenn es rigoros ausgeführt wird, dann wissen die Arbeiter wenigstens, woran sie sind; wenn es aber lag ausgeführt wird, dann wird ihnen manchmal gerade in Augenblicken, wo sie am allerwenigsten daran denken, die Schlinge über den Kopf geworfen. Den größten Schaden des Entwurfs erblicke ich in der Erweiterung der Haftpflicht der Berufsvereine auf Grund des § 31 des B. G. B. Eine Haftung für Delikte haben heute die Berufsvereine nicht; das ist eine ganz singular bestehende Auffassung. Verborgt; sie wird dem kleinen Praktiker geteilt, und Herr Hoffmann dürfte sich dabei auf sie nicht berufen. Die Haftpflicht der Berufsvereine wird also in der Tat durch den Entwurf sehr bedenklich erweitert. Der Staat selbst aber streicht sich noch heute, die Haftung für Schäden, die von seinen Beamten herbeigeführt werden, zu übernehmen. Dann vertritt der Entwurf ein gemeinsames Vorgehen der Berufsvereine, wenn es „gegen die guten Sitten“ verstoßt! Wie wird dieser Begriff ausgelegt werden? Man wird es mit ihm zu Wege bringen, schließlich jeden Akt der Schwelgerei der Arbeiter zu unterbinden. Und gar die Begriffe „Erpressung“ und „Abhängigkeit“! Bedenklich richten sich diese Begriffe auch gegen die Untertanen. Es schwächen nur Zeit während solcher Prozesse gegen Unternehmerverbände; wir wollen doch einmal sehen, ob die Gerichte die Konvention ihrer eigenen Staats sieden! Ich selbst rate gar solchen Klagen, obwohl ich diese Rechtsprechung für falsch und für unumkehrlich halte. Aber es ist gar nicht daran zu denken, daß die Gerichte ihren Irrtum einsehen. Im Gegenteil, wenn die Justiz zu etwas recht Verleitet ansetzen, haben sie sich nachher in den Händen des alten Kais und sagen: „Peract justitia...“ (Große Beifall.) Ich meine: „Iustitia, peract mundus.“ Bedenklich: „Peract justitia“ ist hier richtiger. Da hilft nur eine Veränderung in der Gesetzgebung! Mit diesem Gesetz wird man die Einheit von Unverschämtheit und Politit wie mit einem eisernen Hammer zusammenschlagen und im Feuer härtet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Weiterberatung wird darauf auf Dienstag, 1 Uhr, vertagt. (Vorder: Rednungsfragen.)

Sitzung 6 1/2 Uhr.

Zu vermieten.
Schimperstr. 10 u. 12
(Offene Bauweise)
Erdgeschoss 4 bis 5 Zimmer
Wohnungen per sofort zu vermieten.
41054
Häuser 6. Schweifart,
Architekt, Elisabethstr. 4.

Berderstr. 29,
4. Stock.
elegante, herrschaftl. 7-Zimmer-Wohnung mit allem Ansehen per 1. April 1907 zu vermieten.
41969
Häuser 2. Stock hofseitig.

Eine hübsche 3-Zimmer-Wohnung in Nähe u. Jubel für 100. 100. Preis zu vermieten. 41051
Stierwaldstr. 2719

Schöne geräumige Wohnung
4. Stock mit 2 1/2 Zimmern, Küche, Bad, alle Zimmer, 41052
Näheres 2. 2. 2. 2. Stock

Herrschaftl. Wohnung
in der Nähe des Friedhofes per sofort oder 1. April 1907 zu vermieten. Anschlag für elektrische Beleuchtung ist vorhanden.
Häuser 6. Schweifart, Architekt, Elisabethstr. 4.

Möbl. Zimmer
Häuser 6. Schweifart, Architekt, Elisabethstr. 4.

T 1, 3a, 3 b.
Schön möbl. Zimmer an 1 oder 2 Herren oder Damen mit oder ohne Bedi. zu verm. 41053

T 6, 29
Schön möbl. Zimmer an 1 oder 2 Herren oder Damen mit oder ohne Bedi. zu verm. 41054

Arbeitswohnung 40, 1 Treppe. 4 Z. möbl. Zimmer zu v. 41055
Gartenstr. 22, St. d. Hof. 4 Z. möbl. Zimmer zu v. 41056
Gartenstr. 12, 4. St., ein möbl. Zimmer zu verm. 41057

Arbeitswohnung 40, 1 Treppe. 4 Z. möbl. Zimmer zu v. 41058
Gartenstr. 22, St. d. Hof. 4 Z. möbl. Zimmer zu v. 41059
Gartenstr. 12, 4. St., ein möbl. Zimmer zu verm. 41060

Prinz-Wilhelmstr. 17, 4 Tr. 4 Z. möbl. Zimmer m. 1 Bad, p. 1. Dez. zu verm. 41061

Sedenheimerstr. 12, 4 Treppen, möbl. Zimmer zu verm. per 1. Dez. 41062
Fattenerstr. 20, 1 Tr. 1 zu verm. 41063
Fattenerstr. 24, 4. Stock, möbl. Zimmer sofort zu vermieten. 41064
Fattenerstr. 18, 4 Tr. 4 Z. möbl. Zimmer d. 1. Dez. zu vermieten. 41065

Waldhofstr. 21, 1 Tr. 1. 1 Z. möbl. Zimmer zu verm. 41066
Möbl. Zimmer zu verm. 41067
Häuser 6. Schweifart, Architekt, Elisabethstr. 4.

Kost und Logis
Günstige Preise für Kost und Logis in allen Klassen zu vermieten. 41068

Rosengarten - Musensaal.
 Freitag, 30. November, abends 7/8 Uhr
IV. Kaim-Konzert
 Mannheimer u. Münchner Kaim-Orchester
 (120 Künstler).

Dirigent: **Peter Raabe.**
 Solistin: **Mary Mühchhoff** (Sopran).

Programm: I. Brahms op. 68, erste Symphonie (vollst.). II. Mozart: Arie II re pastore (mit obligater Violine). III. Wagner: Vorspiel und Liebeshode aus Tristan und Isolde. IV. Lieder mit Klavierbegleitung v. Schubert, Liszt, Humperdinck, Pfitzner. V. Wagner: Tannhäuser-Ouvertüre.
 Abonnements für die noch folgenden 7 Konzerte Mk. 35,—, Mk. 21,—, Mk. 17,—, Mk. 14,—, Mk. 7,—. Einzelpreise: Mk. 7,—, Mk. 6,—, Mk. 4,—, Mk. 3,—, Mk. 2,—, Mk. 1,—.
 Kartenverkauf in der Hofmusikalienhandlung K. Ferd. Hoekel (10—1 und 3—4 Uhr). 67991

**Zionistische Ortsgruppe
 Mannheim.**

Die diesjährige

Makkabäerfeier

mit darauffolgendem

Ball

findet am **Mittwoch, den 12. Dezember** in den Sälen des Ballhauses statt. Beginn 8 1/2 Uhr.
 Den Kartenverkauf haben die Herren Lion Wohlgenuth, G 5 1, Telefon 2661, Billi David, No. Kimmann und Wobbenheimer, E 7, 25, Telefon 5 u. 841, übernommen.

Zimmer-Teppiche

Jeder Größe u. Qualität liefert in soliden Farben
Färberei Kramer. 66021
 Telefon 210

Möbl. Zimmer

- A 3, 3** vollst. schön möbl. Zimmer mit Parkett nach. Küche in feiner Weise zu vermieten. 9449
- B 5, 2** St. eleg. möbl. 2. Et. im 1. St. 8550
- B 5, 2** St. im 1. St. 8551
- B 5, 3** 1. Et. im 1. St. 8552
- B 6, 21** 1. Et. im 1. St. 8553
- B 7, 10** 1. Et. im 1. St. 8554
- C 1, 9** 1. Et. im 1. St. 8555
- C 2, 2** 1. Et. im 1. St. 8556
- C 3, 21/22** 1. Et. im 1. St. 8557
- C 4, 2** 1. Et. im 1. St. 8558
- C 7, 10** 1. Et. im 1. St. 8559
- C 8, 4** 1. Et. im 1. St. 8560
- C 8, 9** 1. Et. im 1. St. 8561
- C 8, 14** 1. Et. im 1. St. 8562
- D 2, 14** 1. Et. im 1. St. 8563
- D 3, 2** 1. Et. im 1. St. 8564
- D 3, 2** 1. Et. im 1. St. 8565
- D 4, 2** 1. Et. im 1. St. 8566
- D 5, 6** 1. Et. im 1. St. 8567
- D 6, 16** 1. Et. im 1. St. 8568
- D 6, 16** 1. Et. im 1. St. 8569
- D 7, 10** 1. Et. im 1. St. 8570
- E 5, 12** 1. Et. im 1. St. 8571
- F 2, 16** 1. Et. im 1. St. 8572
- F 3, 15** 1. Et. im 1. St. 8573
- F 5, 22** 1. Et. im 1. St. 8574

F 5, 22

3. Et., möbl. Zim., auf die Straße gehend, per Woche 27. 5,50 zu verm. 4544

G 2, 2

2. St., ein hübsch abgetret. Zimmer an bester Stelle per 1. Dez. zu vermieten 4515

G 3, 14

möbl. Zimmer zu vermieten. 8518

G 4, 4

2. Et. im 1. St. 8519

G 7, 19

2. Et., gut möbl. Zimmer an bester Stelle zu verm. 9078

G 7, 31

1. Et. im 1. St. 8520

G 7, 35

möbl. Zimmer zu verm. 43106

H 3, 10

Schlafzimmer mit Parkett zu vermieten. 8555

K 1, 11

1. Et. im 1. St. 8521

K 2, 18

1. Et. im 1. St. 8522

K 3, 7

1. Et. im 1. St. 8523

K 4, 4

1. Et. im 1. St. 8524

K 4, 12

1. Et. im 1. St. 8525

L 3, 34

1. Et. im 1. St. 8526

L 4, 8

1. Et. im 1. St. 8527

L 4, 11

1. Et. im 1. St. 8528

L 8, 7

1. Et. im 1. St. 8529

L 13, 6

1. Et. im 1. St. 8530

N 2, 2, links,

3 Treppen, schön möbl. Zimmer per 1. Dez. zu vermieten. 43125

N 3, 2

1. Et. im 1. St. 8531

N 3, 3

1. Et. im 1. St. 8532

N 3, 11, 4 Treppen

1. Et. im 1. St. 8533

N 5, 11, 4 Trepp.

1. Et. im 1. St. 8534

N 3, 13a

1. Et. im 1. St. 8535

N 6, 6a

1. Et. im 1. St. 8536

M. Klein & Söhne

E 2, 45 1 Treppe hoch I. und II. Etage **E 2, 45**

Von heute bis Weihnachten:

Verkauf

Wäsche eigenen Fabrikates, Pariser und Berliner Modelle

Bedeutend ermässigte Preise

**zurückgesetzter
 Leibwäsche**

Tag- u. Nachthemden, Jacken, Beinkleider, Rösche, Frisiermängel, Taschentücher

Bedeutend ermässigte Preise

Bettwäsche

Kissenbezüge, Damast-Bettbezüge, Ober- und Unterbetttücher, Woll-Schlafdecken, Steppdecken, Tüll- und Spachtel-Bettdecken

Bedeutend ermässigte Preise

Tischwäsche

Tafeltücher und Servietten, Kaffee- und Tee-Gedecke, Handtücher, Küchenwäsche

Der ausführliche **Ausstattungs-Katalog** wird kostenfrei versandt.

**Nationalliberaler Verein
 Mannheim.**

Mittwoch, 28. November, abends 7/9 Uhr

findet im Saale der **Bäckerinnung, S 6, 40,** eine

Partei-Versammlung

statt, in der Herr Stadtrat Dr. Mä über den

Goslarer Parteitag

und Herr Bezirksleiter Ull über:

„Die Frage der Fleischnot“

sprechen werden. — Wir laden hierzu unsere Mitglieder, die Mitglieder des Jungliberalen Vereins, des liberalen Arbeitervereins und alle Parteifreunde herzlich ein.

Der Vorstand. 67920

Noch nie dagewesene Gelegenheit!

Grosser Posten

Grosser Posten

Grosser Posten

Grosser Posten

Grosser Posten

Grosser Posten

Spez.-Teppich-Geschäft M. Brumlik

E 2, 1-3 Mannheim E 2, 1-3

Eckhaus Planken. Telefon 3184. Eingang Marktstr.

N 7, 2 1. Et. im 1. St. 8537

O 7, 25, 3 Treppen,

möbl. Zimmer (voll. auch Wohnzimmer), mit Klavier zu vermieten. 8599

P 24/5 1. Et. im 1. St. 8540

P 2, 8/9 1. Et. im 1. St. 8541

P 6, 19 1. Et. im 1. St. 8542

Q 3, 4 1. Et. im 1. St. 8543

Q 7, 14a 1. Et. im 1. St. 8544

Q 7, 28 1. Et. im 1. St. 8545



BABY - Ausstattungen - Geschenke - Kopfbedeckungen
 Reizende Neuheiten. Billigste Preise.
Kinder-Confection
 Knaben-Anzüge, Paletots, Kleider, Mäntel.
 Gebr. **Lindenheim** Platz 9 E 2, 47.

Ortskrankenkasse Mannheim I. Einladung

zu der am **Donnerstag, den 6. Dezbr., abends 8 1/2 Uhr** im unteren Saale der **Zentralhalle, Q 2, 16,** stattfindenden

Ordentlichen General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung für das Jahr 1906 und deren Stellvertreter gemäß § 30 des Statuts.
 2. Verschiedenes.
 Die Herren Vertreter werden um recht zahlreiche Beteiligung ersucht.
 Mannheim, den 26. November 1906.

Der Vorstand:
 Robert Klein, Vorsitzender.

Freundliche Einladung

zum Besuche des

Weihnachts-Verkaufs

der hiesigen Stadtmission

Mittwoch, den 28. November 1906, von vormittags 11 bis abends 11 Uhr,

Donnerstag, den 29. November 1906, von vormittags 10 bis abends 11 Uhr.

Günstige Gelegenheit zu Weihnachts-Einkäufen jeder Art
 Reichhaltiges Büfett. — Eintritt frei!

Diesterweg-Verein

Mittwoch, 28. November, abends 7/9 Uhr in der Aula der Friedrichschule, U 2, Vortrag des Herrn Diesterweg über: „**Erregung, ein Satz vom Redakteur**“ (Erscheint in der „**Zeitung**“ von Dr. Kaufmann.) Eintritt frei!
 Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Kameelhaar-Hosen

Ia. Leibbinden

Kniewärmer

Bettschuhe

Ia. Brust- und Rücken-Schutz.

DEUTSCHE EINKAUFGENOSSENSCHAFT FÜR KURZ-WEISS- & WOLLWÄREN

Weihnachts-Ausstellung von Kinderarbeiten gezeichneten Puppenkleidchen und Schürzen. **Herm. Berger** C 1, 3. Tel. 3187.

Gut zieht an!

Filiale: **Elisabethstrasse 5. Tel. No. 2929.**

Wo kommst Du her?



aus dem A) er erst. Sol ug. Spez.-Stahlwaren- u. Waffen-Geschäft von

Fr. Schlemper, Mannheim

H 4, 26 Soll' ger Ecke, Jungbuschstr. H 4 26

Ort bekommt man beste Qualität, frühe Auswahl, höchste Preise bei fachmännischer Bedienung. — Für gewerbliche wecke Extra-Anfertigung. — Reparaturen prompt. 67971